

1. Einwohnergemeindeversammlung

vom Donnerstag, 26. März 1998, 20.00 Uhr,

im Kuspo Bruckfeld

Anwesend vom Gemeinderat: Ursula Dürrenberger-Steiner, Walter Banga-Banga, Eduard Gysin, Claude Kaspar-Schmidlin, Hans Kunz-Gasser, André Schenker-Nay, Dr. Fritz Zweifel-Stettler;

Rudolf Zulauf-Brodbeck, Bauverwalter

Entschuldigt: Pius Helfenberger-Meier, Gemeindeverwalter

Vorsitz: Dr. Fritz Zweifel-Stettler, Gemeindepräsident

Rednerliste: Ursula Dürrenberger-Steiner, Vizepräsidentin

Protokoll: Ronald Rüegsegger-Glatt, Adjunkt
Peter Imboden-Bregy, Sekretär

Stimmzähler/-in: Alfred Alder-Gloor, Fredy Hamann-Riederer,
Doris Würsch-Kraft

Traktanden:

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 9. Dezember 1997
2. Bereinigung des Lärmempfindlichkeitsstufen-Plans und Aufhebung der Ergänzungsbestimmung Nr. 5 zu den Zonenvorschriften
3. Erlass der Grundwasserschutzzonen Ehinger und Kreditbewilligung Fr. 50'000.-- für erste Schutzmassnahmen
4. Antrag der CVP gemäss § 68 Gemeindegesetz betreffend Lärmschutzmassnahmen an der J 18 / Bericht des Gemeinderates
5. Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen
6. Antrag der Stockwerkeigentümergeinschaft „Im Link“ betreffend Rückzonung der Parzelle 974 von der Zone W2a in die Zone W1a / Bericht des Gemeinderats (Ablehnung des Antrags / ev. Beschlussfassung über eine Zonenänderung der Parzelle 974)
7. Verschiedenes

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel begrüsst die rund 245 anwesenden Stimmberechtigten zur 1. Einwohnergemeindeversammlung dieses Jahres, speziell die Zuhörer, die Vertreter der Presse sowie Ch. Kröppli und W. Siegenthaler, die beiden Promotoren des Überbauungsprojektes für die Parzelle 974 Im Link. Ch. Kröppli und W. Siegenthaler stehen, wenn nötig und wenn gewünscht, für Auskünfte zur Verfügung.
Nichtstimmberechtigte werden auf die für sie reservierten Sitzplätze aufmerksam gemacht.
Unberechtigt Stimmende machen sich strafbar.

Die Einladung mit Taktanden und Anträgen ist allen Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt worden. Die Publikation im amtlichen Anzeiger ist rechtzeitig erfolgt. Der Ratschlag ist den Abonnenten, der Presse usw. zugestellt worden. Er konnte bei der Gemeindeverwaltung bestellt oder bezogen werden und liegt hier im Saal auf. Der Ratschlag lag zudem an verschiedenen Stellen in der Gemeinde zum Bezug auf.

Es liegt ein schriftlicher Antrag von Barbara Biedert Petersen vor, das Traktandum 6 auf Platz 2 der Traktandenliste zu verschieben. Der Ermüdungsfaktor sollte bei einem solch wichtigen und dringlichen Traktandum berücksichtigt werden. Dazu teilt der Gemeindepräsident mit, dass sich der Gemeinderat über die Reihenfolge der Traktanden auch Gedanken gemacht hat. Die ersten fünf Geschäfte dürften in kurzer Zeit behandelt sein, besonders nachdem das Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen zurückgezogen wird. Wenn die ersten fünf Geschäfte bis 21.00 Uhr nicht behandelt sind, wird der Gemeinderat auf die Traktandenliste zurückkommen.

://: Mit eindeutiger Mehrheit wird die Traktandenliste des Gemeinderates genehmigt.

Traktandum 1

Protokoll

://: Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 9. Dezember 1997 wird genehmigt und den Verfassern verdankt.

Traktandum 2

Bereinigung des Lärmempfindlichkeitsstufen-Plans und Aufhebung der Ergänzungsbestimmung Nr. 5 zu den Zonenvorschriften

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage und weist besonders darauf hin, dass sich die Änderungen nur innerhalb der betroffenen Gebiete auswirken. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- In teilweiser Abänderung des Gemeindeversammlungsbeschlusses vom 07.12.1993 wird die Zuweisung der Lärmempfindlichkeitsstufen gemäss Plan „Bereinigung zu RRB 2952 vom 19.09.95“ der Bauverwaltung, Plan Nr. 4.129 vom 14.11.1996, beschlossen.
- Die Ergänzungsbestimmung Nr. 5 „Zonen J1, J2, J3, J4, Immissionen“ zu den Zonenvorschriften zum Zonenplan Siedlung wird ersatzlos aufgehoben. Die betreffenden Gebiete sind im Plan Mutation zum Zonenreglement „Aufhebung Ergänzungsbestimmung 5“ der Bauverwaltung, Plan Nr. 4.135 vom 14.10.97, dargestellt.
- Die Pläne werden nicht publiziert. Sie können auf der Bauverwaltung eingesehen werden.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

André Blattner-Calia: Die Gemeindegemission hat das Geschäft behandelt und empfiehlt der Gemeindeversammlung einstimmig, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Auch die SP stimmt den Anträgen des Gemeinderates zu.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. In teilweiser Abänderung des Gemeindeversammlungsbeschlusses vom 07.12.1993 wird die Zuweisung der Lärmempfindlichkeitsstufen gemäss Plan „Bereinigung zu RRB 2952 vom 19.09.95“ der Bauverwaltung, Plan Nr. 4.129 vom 14.11.1996, beschlossen.
2. Die Ergänzungsbestimmung Nr. 5 „Zonen J1, J2, J3, J4, Immissionen“ zu den Zonenvorschriften zum Zonenplan Siedlung wird ersatzlos aufgehoben. Die

betreffenden Gebiete sind im Plan Mutation zum Zonenreglement „Aufhebung Ergänzungsbestimmung 5“ der Bauverwaltung, Plan Nr. 4.135 vom 14.10.97, dargestellt.

3. Die Pläne werden nicht publiziert. Sie können auf der Bauverwaltung eingesehen werden.
4. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 3

Erlass der Grundwasserschutzzonen Ehinger und Kreditbewilligung Fr. 50'000.-- für erste Schutzmassnahmen

Gemeinderat A. Schenker referiert im Sinne der Vorlage und zeigt auf der Leinwand Folien mit dem Plan des Pumpwerkbereichs und mit Angaben über die geförderten Mengen in den letzten Jahren. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- Der Grundwasserschutzzonenplan Ehinger, Plan Nr. 59.133 vom 11.11.1997 der Bauverwaltung, und das zugehörige Reglement werden beschlossen.
- Plan und Reglement werden nicht publiziert, sie können auf der Bauverwaltung eingesehen werden.
- Für die ersten Schutzmassnahmen wird ein Kredit von Fr. 50'000.-- bewilligt.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Peter Zwick-Rudin: Die Gemeindekommission hat den Anträgen des Gemeinderates einstimmig zugestimmt und empfiehlt das gleiche der Gemeindeversammlung. Die CVP stimmt den Anträgen des Gemeinderates ebenfalls zu.

Lukas Lauper-Lezzi: Die SP findet es sinnvoll, ein bewährtes Pumpwerk weiterhin zu betreiben und ersucht um Zustimmung.

Erwin Streit-Digel: Die FDP stimmt den Anträgen des Gemeinderates zu.

Dr. Christoph Bertisch: Das SBB- und das Tramtrasse liegen in der Schutzzone. Die SBB versprühen auf ihrem Trasse Pflanzengifte. Sind Abklärungen getroffen worden?

Bauverwalter R. Zulauf: Früher haben die SBB zur Unkrautvertilgung Athrazin versprüht. Die SBB liessen sich dazu bewegen, im Bereich der Pumpwerke andere Mittel einzusetzen und besser zu dosieren.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Im Bereich der Schutzzone müssen SBB und BLT die Vorschriften auch einhalten. Die SBB haben noch die Möglichkeit, Einsprache zu erheben; sie können aber kein Sonderrecht beanspruchen.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung.

1. Der Grundwasserschutzzonenplan Ehinger, Plan Nr. 59.133 vom 11.11.1997 der Bauverwaltung, und das zugehörige Reglement werden beschlossen.
2. Plan und Reglement werden nicht publiziert, sie können auf der Bauverwaltung eingesehen werden.
3. Für die ersten Schutzmassnahmen wird ein Kredit von Fr. 50'000.-- bewilligt.
4. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 4

Antrag der CVP gemäss § 68 Gemeindegesetz betreffend Lärmschutzmassnahmen an der J 18 / Bericht des Gemeinderates

Gemeinderat W. Banga referiert im Sinne der Vorlage und zeigt auf der Leinwand eine Folie mit den beantragten Begehren und den zuständigen Instanzen. Im letzten Winter sind kleinere Massnahmen bereits verwirklicht worden. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- Vom vorliegenden Bericht wird Kenntnis genommen.
- Der Antrag wird abgeschrieben.

Friedrich Hiestand-Wirth: Die Gemeindekommission hat vom Bericht Kenntnis genommen. Der Erfolg der verwirklichten Massnahmen ist relativ gering.

Die CVP ist mit dem Bericht des Gemeinderates einverstanden und ersucht den Gemeinderat, die Angelegenheit etwa im Jahr 2000 wieder aufzugreifen. Die CVP zieht den Antrag zurück.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Nachdem die CVP den Antrag zurückgezogen hat, erübrigt sich die Abstimmung über die Abschreibung des Antrags.

://: Einstimmig nimmt die Gemeindeversammlung vom vorliegenden Bericht und vom Rückzug des Antrags Kenntnis.

Traktandum 5

Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen

Gemeinderat E. Gysin verweist auf die Vorlage und teilt mit, dass nach Behandlung der ersten Gesuche festgestellt werden musste, dass alle bisherigen Bezüger aufgrund der neuen Bestimmungen leer ausgehen würden. Die Bemessungsgrundlagen müssen überarbeitet werden. Deshalb zieht der Gemeinderat das Reglement zurück und beantragt der Gemeindeversammlung zu beschliessen:

- Das Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen wird zwecks Überarbeitung ab der Traktandenliste gesetzt.
- Den bisherigen Bezügern von Mietzinsbeiträgen sind bis zur Rechtskraft des Reglementes die bisher durch den Kanton ausgerichteten Beiträge weiterhin auszurichten.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel weist darauf hin, dass dieses Problem auch andere Gemeinden lösen müssen. Die Gesuchsteller können nicht getröstet werden bis das neue Reglement in Kraft ist.

Willy Maeder-Schaller: Die Gemeindekommission hat einstimmig Rückweisung beschlossen und empfiehlt das gleiche der Gemeindeversammlung.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Das Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen wird zwecks Überarbeitung ab der Traktandenliste gesetzt.
2. Den bisherigen Bezügern von Mietzinsbeiträgen sind bis zur Rechtskraft des Reglementes die bisher durch den Kanton ausgerichteten Beiträge weiterhin auszurichten.
3. Der Beschluss 2 untersteht dem fakultativen Referendum.

Traktandum 6

Antrag der Stockwerkeigentümergeinschaft „Im Link“ betreffend Rückzonung der Parzelle 974 von der Zone W2a in die Zone W1a / Bericht des Gemeinderats (Ablehnung des Antrags / ev. Beschlussfassung über eine Zonenänderung der Parzelle 974)

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage und zeigt auf der Leinwand Folien mit der Geschichte der Parzelle (Baustopp, Aufhebung Baustopp, Umzonung in die Zone W2a, Ermächtigung zur Abgabe im Baurecht, Verkauf zur Finanzierung des Kuspo Bruckfeld) und dem Überbauungsprojekt. Eine noch zu gründende Genossenschaft beabsichtigt, auf der Parzelle 29 Wohnungen zu bauen. In der Zone W2a werden die Häuser nur 1.80 m höher als in der Zone W1a. Es stellt sich die Frage, ob die kompakte Siedlungsform nicht auch für die geplante Überbauung gelten soll. Der Zonenplan muss eine gewisse Beständigkeit haben, um die Rechtssicherheit zu gewährleisten. Je neuer ein Zonenplan ist, desto grösser müsste die Rechtssicherheit sein. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den Antrag der Stockwerkeigentümergeinschaft „Im Link“ betreffend Rückzonung der Parzelle 974 von der Zone W2a in die Zone W1a nicht erheblich zu erklären.

Peter Graser-Hafner: Die Gemeindekommission hat sich intensiv mit dem Geschäft befasst und hat einen Vertreter der Anwohner, Paul Moser, angehört, der die Anliegen der Anwohner kompetent vertreten hat. Die Gemeindekommission hat mit 12 gegen 2 Stimmen beschlossen, der Gemeindeversammlung zu empfehlen, den Antrag der Stockwerkeigentümergeinschaft „Im Link“ betreffend Rückzonung der Parzelle 974 von der Zone W2a in die Zone W1a nicht erheblich zu erklären.

Rudolf Nüscheler-Thommen: Die CVP hat mit grossem Mehr beschlossen, die Bestrebungen des Gemeinderates zu unterstützen und der Gemeindeversammlung zu empfehlen, auf den Antrag zur Rückzonung nicht einzutreten. Aus seiner Erfahrung als Planer in verschiedenen Gemeinden begrüsst der Sprecher die vorgeschlagene Überbauungsart mit Reiheneinfamilienhäusern und erst recht die gewählte Form als Wohngenossenschaft aus folgenden Gründen:

- Die gute Wohnlage kann von 29 jungen Familien zum Leben in einer genossenschaftlichen Zusammenarbeit mit Nachbarn genutzt werden.
- Weil die interne Erschliessung der Parzelle durch die Genossenschafter besorgt und unterhalten wird, ist die Belastung für die Gemeinde kleiner.
- Es ist so möglich, dass die Gartengestaltung durch die Genossenschafter individuell besorgt und unterhalten wird. So wird auch Basis geschaffen für eine vielfältige, angenehme Gestaltung im Sinne des neuen Raumplanungsgesetzes.

Der Sprecher zeigt auf der Leinwand Folien mit

- Übersichtsplan mit kurzen Wegstrecken zur Schule, Tram und SBB,
- Plan der Einstellhalle und Garagen für 40 Autos und 70 Velos/Mopeds mit Mehrzweckhalle unter der oberen Garage, die auch als Kindergarten genutzt werden kann,
- Geländeschnitte, die zeigen, dass die Gebäudegruppen rücksichtsvoll disponiert sind, so dass der Ausblick der Oberlieger kaum beeinträchtigt wird.

Die Angst der Anwohner vor störenden Betonblöcken ist nicht begründet, wie die Beispiele der analogen genossenschaftlichen Siedlung am Bärenweg in Reinach (Surbaum) zeigen, wo sicher auch die aufgelockerten Fassaden in Holzkonstruktion mit vielen Pflanzen gefallen. Die in der Fotomontage der Anwohner dargestellte rücksichtslose Blocküberbauung ist wirklich schrecklich. Zum Glück stimmt aber die Darstellung im Flugblatt nicht mit dem Plan der Architekten überein.

Paul Moser zeigt auf der Leinwand eine Folie mit einer Foto des ganzen Gebietes. Das Projekt ist heute Nebensache, es geht um etwas anderes. Gemeinsam muss eine Lösung gesucht werden, die allen dienlich ist. 1996 haben die Anwohner den ersten Antrag auf Rückzonung der Parzelle gestellt. Gestützt auf ein Gespräch mit dem Gemeinderat und

dessen Versprechen, die Anwohner würden bei der Aufnahme der Planung informiert, haben die Anwohner den Antrag zurückgezogen. Heute muss festgestellt werden, dass dies ein Fehler war. Bei der Präsentation des Projektes durch den Gemeinderat war das Projekt nebensächlich, es ging mehr um eine Abrechnung mit dem Gemeinderat. Als letztes Mittel haben die Anwohner nun erneut Antrag auf Rückzonung der Parzelle gestellt. Der Gemeinderat will eine Überbauung bewilligen, die nicht in die Gegend passt und die in allen Punkten dem Leitbild der Gemeinde widerspricht. Die Strassen genügen nicht für die Erschliessung (50 Autos), in der Einstellhalle haben nur 25 Autos Platz. Die Verkehrssicherheit ist nicht gegeben, es fehlen die Trottoirs, d.h. sie sind nicht budgetiert. Baumgartenweg und Im Kaspar sind stark befahren und sind Schulwege. Es brauchte lange, bis der Gemeinderat Massnahmen zur Verkehrssicherheit realisiert hat. Das Ortsbild liegt den Anwohnern sehr am Herzen. Der wertvolle Hang ist locker überbaut mit Einfamilienhäusern. Der Sprecher zeigt auf der Leinwand ein Beispiel, wie eine Überbauung der Parzelle aussehen könnte. Die Struktur des Hangs wird mit der geplanten Überbauung völlig unterbrochen. Das Überbauungsprojekt hat Qualitäten, die aber nicht auf Parzelle 974 realisiert werden sollten. Die Parzelle soll verdichtet überbaut werden, aber nicht auf Kosten des Dorfbildes und des Quartiergeistes. Das Kuspo Bruckfeld muss finanziert werden, und die Umzonung der Parzelle 974 ist erfolgt, weil Land in der Zone W2a mehr Geld bringen soll. Die Finanzierung des Kuspo und die Überbauung der Parzelle 974 sind möglich, aber nicht wie geplant.

Markus Müller-Klausner hat sich in Liestal über Bodenpreise erkundigt und gefragt, ob es preisliche Unterschiede zwischen Zone W1a und Zone W2a gibt. Der Sprecher zeigt auf der Leinwand eine Folie mit Bodenpreisen in den fraglichen Zonen in verschiedenen Gemeinden und zieht einen Vergleich zur Parzelle 974. Daraus ist ersichtlich, dass der Landpreis in der Zone W1a eher höher ist als in der Zone W2a. Ferner zeigt der Sprecher eine Folie mit Hangsicherungsmassnahmen, die auf die Bodenpreise drücken. Es stellt sich die Frage, wer schlussendlich die Häuser kauft. Der Sprecher wirft verschiedene Fragen auf und zeigt sie mit einer Folie auf der Leinwand: Wie hoch ist der Landpreis? Wer bezahlt die Hangsicherungsmassnahmen? Wer kauft das Grundstück, der Planer oder der Endkäufer? Wann rechnet die Gemeinde mit der Zahlung und wie sind die Sicherheiten?

Martin Burkard-Dietschi: Bereits zum dritten Mal muss sich die Gemeindeversammlung mit diesem Gebiet befassen. 1983 wurde ein Baustopp für 20 Jahre beschlossen. Gleichzeitig wurde beschlossen, Reben anzupflanzen, was dann der Bund untersagt hat. Urs Gloor hat damals gesagt, es wäre schön, wenn in diesem Gebiet noch Kühe weiden würden. Aber wenn Städter aufs Land umziehen, lassen Reklamationen wegen den Kuhglocken meistens nicht lange auf sich warten. 1985 musste die Gemeindeversammlung einen Kredit für aufgelaufene Planungskosten bewilligen, weil auf Antrag der IG Lebenswertes Münchenstein die damals geplante Überbauung verhindert wurde. Das Rückzonungsbegehren muss von einer anderen Seite beleuchtet werden. Es ist Sache der ganzen Gemeinde, über solche Begehren zu befinden. Die Gemeinde muss dafür sorgen, dass nicht Gruppen bevorteilt oder benachteiligt werden. Wenn dem Antrag zugestimmt wird, werden die Anliegen der Anwohner geschützt. In dieser Lage ist der Landpreis in der Zone W2a sicher höher als in der Zone W1a. Wenn die Anwohner meinen, das Land sei in der Zone W1a mehr wert, steht es ihnen frei, das Land zu erwerben. Es soll möglichst vielen Familien ermöglicht werden, an der schönen Lage zu wohnen. Die SP empfiehlt der Gemeindeversammlung, den Rückzonungsantrag abzulehnen.

Jiri Oplatek-Macku zeigt auf der Leinwand ein Flugblatt der Anwohner mit der Ansicht der geplanten Überbauung und bezeichnet das Bild als irreführend und nicht den Tatsachen entsprechend. Die Anwohner drängen darauf, dass das Land brach bleibt, obwohl das Land nicht ihnen gehört. Die Eigeninteressen werden hoch gestellt. Es geht um einen raumplanerischen Entscheid und der ist schon vor fünf Jahren gefällt worden, nämlich die verdichtete Überbauung. Die FDP ist gegen den Rückzonungsantrag. Um eine optimale Überbauung der Parzelle 974 in der Zone W2a zu gewährleisten, wird beantragt, dass der Gemeinderat einen Studienauftrag an mehrere Architekten vergibt bzw. einen engeren Projektwettbewerb veranstaltet.

Gemeinderat H. Kunz: Für die Besprechung mit den Anwohnern mussten zuerst Ideen geboren und ein Projekt ausgeschaffen werden, um darüber diskutieren zu können. Das überarbeitete Projekt beinhaltet nicht mehr 31, sondern 29 Wohnungen. Der Sprecher zeigt auf der Leinwand das Überbauungsprojekt mit der Umgebung, das den Tatsachen entspricht. Es ist klar, dass die verdichtete Bauweise ersichtlich ist.

Paul Moser: Die Anwohner sind nicht grundsätzlich gegen eine Überbauung der Parzelle 974, sie sind für ein vernünftiges Projekt. Den Städtern sollte nicht unterstellt werden, sie würden wegen Kuhglocken reklamieren. Um die damaligen Planungskosten ist es schade, dieses Mal soll es keine solchen geben. Im Gebiet sind 500 bis 1'000 Einwohner betroffen, so dass nicht von Partikularinteressen gesprochen werden kann. Aufgrund der Unterlagen kostet das Land Fr. 750.-- pro m², währenddem, wie auf der Infotafel steht, für Einzelparzelle an der Elblingstrasse Fr. 800.-- verlangt werden.

Heinrich Leuthardt-Claasz: Die Überbauung des Hangs ist nicht so, wie sie sein sollte oder könnte. Die weissen Häuser gleichen Hühnerställen und sind grässlich. Der Sprecher hat dagegen nicht opponiert und hat sie akzeptiert. Er ist erstaunt darüber, dass ausgerechnet diese Leute jetzt ein anderes Projekt bekämpfen. Er wird das Gefühl nicht los, dass es hier um reine Partikularinteressen geht. Der Sprecher zeigt auf der Leinwand das Überbauungsprojekt, das sich seiner Meinung nach in den Hang und in die bestehende Überbauung einpasst. Bei der Parzelle 974 geht es um eine kleine Parzelle, und die IG Lebenswertes Münchenstein müsste doch die ganze Gemeinde vertreten, nicht nur eine Anzahl Anwohner am Hang. Die IG Lebenswertes Münchenstein sollte sich mit anderem beschäftigen, z.B. dem Lärm von der Aluminium, dem Durchgangsverkehr durch das Dorf, sollte sich einsetzen für ein Jugendzentrum. Der Sprecher zeigt auf der Leinwand ein Flugblatt der Anwohner und kritisiert, dass das darauf abgebildete Überbauungsprojekt nicht den Tatsachen entspricht. Wohneigentum soll gefördert werden, und dies ist im Link möglich. Eine noch zu gründende Genossenschaft will jetzt Wohneigentumsförderung betreiben. Es trifft nicht zu, dass die Finanzierung ein Risiko ist. Der Sprecher zeigt auf der Leinwand die Zielsetzungen der Genossenschaft. Die Anwohner im Link sollen jetzt anderen auch die Chance geben, sich dort anzusiedeln. Die Schweiz ist ein kleines Land und muss die Landreserven gut nutzen, d.h. verdichtet bauen. Die Gemeindeversammlung hat übergeordnete Verantwortung und ihr wird empfohlen, den Rückzonungsantrag abzulehnen und auch den Antrag der FDP.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Paul Moser hat einen Preis von Fr. 750.-- pro m² genannt und einen solchen von Fr. 800.-- für Einzelparzellen an der Elblingstrasse. Der Preis wird in dieser Grössenordnung sein. Der genaue Preis wird zwischen Gemeinderat und Käufer ausgehandelt. Die Hangsicherungsmassnahmen bezahlt die Bauherrschaft. Das Grundstück kauft nicht der Planer, sondern voraussichtlich die Genossenschaft, wenn sie zustandekommt. Dies wird nur der Fall sein, wenn Aussicht besteht, dass das Projekt verwirklicht werden kann. Der Kaufvertrag wird nur abgeschlossen, wenn die Finanzierung gesichert ist. Zum Antrag der FDP ist zu bemerken, dass dem Gemeinderat drei Projekte vorlagen, was fast einem Wettbewerb gleichkommt.

Bernhard Leutenegger-Wijnen möchte wissen, welche der gezeigten Folien mit dem Überbauungsprojekt nun stimmt.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Der Gemeinderat glaubt, dass die Folie des Architekten den Tatsachen entspricht.

Friedrich Hiestand-Wirth: Unter Lebenswertes Münchenstein verstehen die Anwohner im Link alle Quartiere der Gemeinde. Jetzt will die IG Lebenswertes Münchenstein in einem bestimmten Gebiet etwas verbessern. Ein Wortbruch hat stattgefunden, weil die Anwohner nicht frühzeitig über die Planung informiert worden sind. Die Anwohner bieten Hand, einen Kompromiss zu finden.

Dr. Daniel Altermatt-Brogie: Bei solchen Geschäften hat die Gemeindeversammlung mehr Schau- als politischen Charakter. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, den Beschluss dem obligatorischen Referendum zu unterstellen, falls der Rückzonung zugestimmt wird.

Urs Gloor-Häsler möchte nicht nochmals erleben, dass er fast ein Jahr lang ohne Unterstützung der Behörden auskommen muss. Der Hang ist in Bewegung. Angeblich sind die geologischen Tatsachen noch nicht berücksichtigt, so dass die Preise für die Häuser schlussendlich höher sein werden. Die Häuser in der Zone W2a sind höher als in der Zone W1a und die Hangsicherungsmassnahmen sind umfangreicher. Der Sprecher ist nicht gegen die Überbauung der Parzelle 974; das Projekt muss aber vernünftiger sein.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Es ist damit zu rechnen, dass im Rahmen des Baugesuchsverfahrens ein geologisches Gutachten verlangt wird. Das ist dem Architekten sicher bekannt.

Markus Müller-Klauser: Der Planer hat die Wohnungspreise kommuniziert. Die Hangsicherung kostet noch Geld. Der Landpreis wird entsprechend reduziert werden müssen, damit die Wohnungspreise gehalten werden können. Sind die drei dem Gemeinderat vorgelegenen Projekte auf ihre Architektur beurteilt worden? Wann bezahlt der Planer den Kaufpreis der Parzelle?

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Die Projekte sind vom Bauausschuss beurteilt worden. Es besteht noch kein verurkundeter Kaufvertrag, so dass auch noch nicht gesagt werden kann, wann der Kaufpreis bezahlt wird. Die Zahlung wird im Kaufvertrag geregelt.

Willi Müller-Willimann: H. Leuthardt hat sich mehrmals widersprochen. Fast jede Familie hat zwei, manchmal drei Autos. Die Steuereinnahmen werden höher sein, wenn Einfamilienhäuser gebaut werden. Die geplante Überbauung widerspricht dem Leitbild der Gemeinde. Die weissen Häuser, von einem Sprecher Hühnerställe genannt, gefallen dem Sprecher auch nicht. Aber warum soll oder muss der gleiche Fehler ein zweites Mal gemacht werden?

Werner Hotz-Kleebaum kann sich erinnern, dass im fraglichen Hang nur das Haus der Familie Gloor gestanden ist. Damals wurde darüber diskutiert, ob der Hang überbaut werden soll oder nicht. Der Hang ist nicht schön überbaut. Viel kann nicht mehr verschlimmert werden. Der Sprecher hat sich seinerzeit gegen den Baustopp gewehrt, weil dadurch die Bodenpreise steigen würden. Er hat sich auch gegen die Umzonung der Parzelle 974 in die Zone W2a gewehrt. Heute muss verdichtet überbaut werden, damit sich Normalverdiener auch ein eigenes Haus leisten können. Die Bodenpreise spielen in der jetzigen Diskussion doch keine Rolle. Die Anwohner wollen doch nicht, dass ihnen die schöne Aussicht genommen wird. Das Flugblatt der Anwohner war gar nicht gut. Der Rückzonungsantrag sollte abgelehnt werden.

Kurt Fässli-Bianchi: Die Schweiz ist ein Land von Mietern. Die Gemeindeversammlung hat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, zur Finanzierung des Kuspo Bruckfeld Land zum bestmöglichen Preis zu verkaufen. Heute eröffnet der Gemeinderat, dass nur ein Teils aus dem Erlös des Landverkaufs dem Kuspo zugute kommt. Über die Verwendung des anderen Teils schweigt sich der Gemeinderat aus. Vermutlich wird der andere Teil für ein Jugendzentrum verwendet. Das Flugblatt der Anwohner war ein Eigengoal. Privatinteressen haben sich allgemeinen Interessen unterzuordnen. Der Gemeindeversammlung wird empfohlen, sich der Stimme zu enthalten.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Es ist ein Irrtum, es werde nur ein Teil des Verkaufserlöses für das Kuspo verwendet. Der Nettoerlös wird vollständig zur Finanzierung des Kuspo verwendet.

Heinrich Leuthardt-Claasz stellt fest, dass unterschoben wird, es kämen nur insolvente Leute in die Überbauung. Die Gründung einer Genossenschaft ist in Vorbereitung. Es ist kein Problem, das Geld für die Gemeinde zu sichern. Die Genossenschaft muss gegenüber der Bank auch Sicherheit leisten.

Bauverwalter R. Zulauf weist den Vorwurf, der Gemeinderat hätte sein Versprechen nicht eingehalten, zurück. Die Anwohner wurden zum erstmöglichen Zeitpunkt informiert, als ein Projekt vorlag. Die Anwohner haben damals nur gesagt, das Projekt sei zu gross und zu nahe an den Nachbarliegenschaften. Das Projekt wurde entsprechend überarbeitet. In der

Zwischenzeit sind im Link grossartige Raumplaner herangewachsen. In der Gemeinde sind 10% des Baugebietes in der Zone W1a, 30% in der Zone W2a und der Rest in anderen (grösseren) Zonen. Die 30% in der Zone W2a leben doch nicht in einem nicht lebenswerten Quartier, obwohl nicht alle eine schöne Aussicht haben. Eine schöne Aussicht darf doch nicht zulasten der öffentlichen Hand geltend gemacht werden. P. Moser ist bekannt, dass das Überbauungsprojekt mit dem Rückzonungsantrag um vier bis fünf Jahre verzögert oder sogar verhindert werden kann. P. Moser wurde angefragt, ob er Gewähr bieten könne, dass dann ein anderes Überbauungsprojekt akzeptiert würde. Diese Frage ist noch offen. Es ist nicht logisch, dass die Gemeinde einen grösseren Grenzabstand einhalten muss als ein Privater.

Patrice Baumann-Gerber: Die IG Lebenswertes Münchenstein soll etwas für Münchenstein tun. Der Sprecher übergibt P. Moser als Symbol einen Pingpong-Schläger.

Heinrich Müller-Achu beantragt Schluss der Diskussion.

://: Einstimmig wird Schluss der Diskussion beschlossen.

Paul Moser: Es wird vorgeschoben, familienfreundlichen Wohnungsbau zu betreiben. Es wird von Hühnerställen gesprochen; dann können die geplanten Häuser als Batterien bezeichnet werden. Das Kuspo Bruckfeld steht, das nötige Geld fehlt und muss besorgt werden.

Valerie Hinners: Ihre Eltern haben 1951 in der Gartenstadt ein Haus gekauft, auf offenem Land. Und heute? Leute, die in einer überbauten Gemeinde wohnen, müssen damit rechnen, dass auf einer unüberbauten Parzelle nebenan gelegentlich gebaut wird. Auch anderen Menschen ist zu gönnen, an einem schönen Ort zu wohnen.

Jacques Pidoux-Berger zeigt auf der Leinwand die Beschlüsse der Gemeindeversammlung über den Auftrag an den Gemeinderat, zur Finanzierung des Kuspo Bruckfeld Land zu bestmöglichen Preisen zu verkaufen. Der Sprecher glaubt, dass die Situation inzwischen geändert hat. Sinnvoll und der Situation angepasst ist doch eine Rückzonung der Parzelle 974. Sonst ist mitten in der Zone W1a eine Parzelle in der Zone W2a eingekleilt. Eine Rückzonung bringt mehrere Vorteile: harmonische Bauzone, keine Abwertung der umliegenden Liegenschaften, mehr Grünfläche, weniger Umweltbelastung und weniger Lärm. Mit der Rückzonung kann ein begangener Fehler wieder korrigiert werden.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Die Umzonung ist im Frühjahr 1993 beschlossen worden und damals hat noch niemand an Landverkäufe zur Finanzierung des Kuspo Bruckfeld gedacht. Wenn der Antrag auf Rückzonung abgelehnt wird, ist der Beschluss endgültig. Ein Referendum ist nicht möglich. Wenn die Rückzonung beschlossen wird, untersteht der Beschluss dem fakultativen Referendum. Ein obligatorisches Referendum kann nicht beschlossen werden.

Dr. Daniel Altermatt-Brogle verzichtet auf seinen Antrag, einen allfälligen Rückzonungsbeschluss dem obligatorischen Referendum zu unterstellen.

://: Der Antrag der FDP betreffend Studienauftrag bzw. engeren Projektwettbewerb wird mit 129 gegen 102 Stimmen abgelehnt.

://: Der Antrag der Stockwerkeigentümergeinschaft „Im Link“ betreffend Rückzonung der Parzelle 974 von der Zone W2a in die Zone W1a wird mit 126 gegen 117 Stimmen nicht erheblich erklärt.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel fragt nach Einwänden gegen das Abstimmungsprozedere und stellt fest, dass keine solchen erhoben werden. Der Gemeindepräsident ist dankbar und stolz auf diese Gemeindeversammlung. Es wurde eine anständige und gute Diskussion geführt. Der Gemeindepräsident dankt für das Engagement und für die Art des Engagements.

Traktandum 7

Verschiedenes

Karl Spichty-(Augustin) hat in der Basler Zeitung gelesen, dass der Regierungsrat die Loogstrasse der Gemeinde übergeben hat. Im amtlichen Anzeiger war davon bis jetzt nichts erwähnt. Was kann der Gemeinderat dazu sagen?

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Die Übergabe der Loogstrasse an die Gemeinde ist schon seit 1960 vorgesehen. Der Gemeinderat hat schon lange mit dem Kanton verhandelt. Vor der Sanierung der Strasse und der Brücke über die SBB wollte der Gemeinderat die Strasse nicht in Eigentum der Gemeinde übernehmen. Diese Bedingungen sind nun erfüllt. Der Regierungsrat hat dem Landrat eine Vorlage unterbreitet, aufgrund welcher der Landrat die Übergabe der Loogstrasse an die Gemeinde beschliessen soll. Der Gemeinderat war erstaunt über dieses Vorgehen, ging er doch davon aus, dass die Übernahme von der Gemeindeversammlung beschlossen werden sollte. Der Gemeinderat wird die Angelegenheit abklären.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel weist darauf hin, dass am nächsten Sonntag die 2. Auktion Kunst und Kultur im Kuspo Bruckfeld stattfindet, und empfiehlt allen, den Anlass zu besuchen. Der Erlös ist bestimmt für den Fonds zur Anschaffung eines Flügels.

Um 22.50 Uhr erklärt der Gemeindepräsident die Versammlung als geschlossen.

Für die Richtigkeit des Protokoll

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeverwalter-
Stellvertreter:

Dr. Fritz Zweifel

Ronald Rüegsegger

2. Einwohnergemeindeversammlung

vom **Mittwoch, 17. Juni 1998, 20.00 Uhr,**
im Kuspo Bruckfeld

Anwesend vom Gemeinderat: Ursula Dürrenberger-Steiner, Walter Banga-Banga, Eduard Gysin, Claude Kaspar-Schmidlin, Hans Kunz-Gasser, André Schenker-Nay, Dr. Fritz Zweifel-Stettler;
Rudolf Zulauf-Brodbeck, Bauverwalter

Vorsitz: Dr. Fritz Zweifel-Stettler, Gemeindepräsident

Rednerliste: Ursula Dürrenberger-Steiner, Vizepräsidentin

Protokoll: Pius Helfenberger-Meier, Gemeindeverwalter
Peter Imboden-Bregy, Sekretär

Stimmzähler: Dr. Maria Lezzi Lauper, Urs Gerber-Büchle

Traktanden:

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 26.3.1998
2. Jahresrechnungen 1997 der Einwohnergemeinde
3. Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1997
4. Antrag Paula Pakery Keller gemäss § 68 Gemeindegesetz betreffend Vorverlegung des Beginns der Gemeindeversammlungen / Bericht des Gemeinderates
5. Sanierung Schlossfelsen / Schlussabrechnung und Nachtragskreditbegehren Fr. 299'102.30
6. Trottoir und Aufpflasterung Platanenweg / Schlussabrechnung
7. Schlussabrechnung Sanierung Reservoir Gruth
8. Verschiedenes

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel begrüsst die 50 anwesenden Stimmberechtigten zur 2. Einwohnergemeindeversammlung dieses Jahres, speziell die Vertreter der Presse. Nichtstimmberechtigte werden auf die für sie reservierten Sitzplätze aufmerksam gemacht. Unberechtigt Stimmende machen sich strafbar.

Die Einladung mit Traktanden und Anträgen ist allen Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt worden. Die Publikation im amtlichen Anzeiger ist rechtzeitig erfolgt. Der Ratschlag, die Jahresrechnung 1997 und der Amtsbericht 1997 sind den Abonnenten, der Presse usw. zugestellt worden. Sie konnten bei der Gemeindeverwaltung bestellt oder bezogen werden und liegen hier im Saal auf. Der Ratschlag lag zudem an verschiedenen Stellen in der Gemeinde zum Bezug auf.

://: Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Traktandum 1

Protokoll

://: Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 26. März 1998 wird genehmigt und den Verfassern verdankt.

Traktandum 2

Jahresrechnungen 1997 der Einwohnergemeinde

Gemeinderat C. Kaspar: Nach dem Budget mit einem Aufwandüberschuss von 1,115 Mio Franken kann eine Rechnung mit einem Ertragsüberschuss von rund Fr. 54'000 nebst ausserordentlichen Abschreibungen von rund 2,3 Mio Franken vorgelegt werden. Diese Verbesserung ist zurückzuführen auf ausserordentliche Einnahmen, die nicht budgetiert werden konnten, nämlich 1,3 Mio Franken mehr Steuereinnahmen, wovon rund Fr. 590'000 Nachträge aus früheren Jahren bei den juristischen Personen. Die Steuern natürlicher Personen sind etwas tiefer als budgetiert; es könnte wegen der zweijährigen Periode kleinere Verschiebungen geben. Zudem konnten bei den Ausgaben Einsparungen erzielt werden, nämlich rund Fr. 150'000 bei den Personalkosten (weniger Teuerung), Fr. 300'000 beim Sachaufwand und Fr. 600'000 bei den Beiträgen an den Kanton. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, die Jahresrechnungen 1997 der Einwohner-, Wasser-, Kanalisations-, Gemeinschaftsantennen-Anlage- sowie der Fürsorgekasse zu genehmigen.

Alfred Koch-Galli: Die Gemeindekommission hat vom Rechnungsergebnis mit Freude Kenntnis genommen und hat der Rechnung mit 15 Stimmen einstimmig zugestimmt. Der Gemeindeversammlung wird empfohlen, die Rechnung 1997 zu genehmigen.

Niggi Bücheler-Weiss verweist auf den Bericht der Rechnungsprüfungskommission auf Seite 133.

Willy Maeder-Schaller: Die SP ist vom Resultat angenehm überrascht worden. Die SP freut sich über das gute Resultat und dankt allen, die dazu beigetragen haben.

Peter Zwick-Rudin: Die CVP ist erfreut über das Resultat, vorallem weil es bei der Budgetberatung düster getönt hat. Besonders erfreulich ist, dass die Gebühren für das Kuspo Bruckfeld höher sind als budgetiert, was doch zeigt, dass das Kuspo ein Bedürfnis ist.

://: Eintreten ist unbestritten.

Zu den einzelnen Kassen werden folgende Bemerkungen angebracht und Fragen gestellt.

Einwohnerkasse

Kurt Lauper-Hugel hat festgestellt, dass auf Seite 61 unter Konto 5543-11 immer noch Verpflichtungskredite von total Fr. 80'000 aus den Jahren 1988 und 1989 für Liegestellen für Schutzräume aufgeführt sind. Ferner ist auch noch ein Verpflichtungskredit aus dem Jahre 1986 für das Heiligholz aufgeführt. Wie werden solche Kredite gehandhabt?

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Vor einem Jahr hat die CVP beantragt, Verpflichtungskredite, die älter als drei Jahre sind, zu streichen. Der Antrag wurde zurückgezogen, nachdem der Gemeinderat erklärt hatte, er wolle die Kredite überprüfen. Mit der Rechnungsprüfungskommission hat bereits ein Gedankenaustausch stattgefunden. Die Frage ist noch pendent.

Kassen der Regiebetriebe

Gemeinderat A. Schenker: Die Wasser- und die GAA-Kassen schliessen mit einem Ertragsüberschuss ab. Der Aufwandüberschuss der Kanalisationskasse ist auf Abschreibungen infolge der regen Investitionstätigkeit in den letzten Jahren und auf den verminderten Zinsertrag zurückzuführen. Die Kanalisationsgebühren sind im Gleichgewicht.

Fürsorgekasse

Gemeinderat E. Gysin: Der Ertragsüberschuss von rund Fr. 298'000 ist auf geringere Beiträge an den Kanton und auf höhere Rückerstattungen Unterstützungen zurückzuführen.

://: Einstimmig werden die Jahresrechnungen 1997 der Einwohner-, Wasser-, Kanalisations-, Gemeinschaftsantennen-Anlage- sowie der Fürsorgekasse genehmigt und dem zuständigen Personal der Verwaltung für die zuverlässige Arbeit gedankt.

Traktandum 3

Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1997

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel verweist auf den Amtsbericht 1997. Der Gemeinderat ist für die Beantwortung allfälliger Fragen gerne bereit. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, vom vorliegenden Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1997 zustimmend Kenntnis zu nehmen.

Urs Gerber-Büchle dankt namens der Gemeindekommission dem Gemeinderat und der Verwaltung für den Amtsbericht 1997. Der Amtsbericht ist ein interessantes Dokument. An der Sitzung der Gemeindekommission sind eine Anzahl Fragen kompetent beantwortet worden. Die Gemeindekommission hat vom Amtsbericht einstimmig Kenntnis genommen.

Hanni Huggel-Kubli: Für die Geschäftsprüfungskommission ist der Amtsbericht ein wichtiges Instrument. Dem Gemeinderat und der Verwaltung sei dafür und für die geleistete Arbeit bestens gedankt. Verschiedene Fragen der Geschäftsprüfungskommission sind an der Sitzung der Gemeindekommission vom Gemeinderat beantwortet worden.

Klaus Droz-Schindler verweist auf Seite 18, wo vom Einsatz der Hundeverwaltungssoftware zu lesen ist, und fragt sich, ob nicht Wichtigeres zu erfahren wäre. Hat der Gemeinderat z.B. das Jahr 2000-Problem bei der EDV-Anlage im Griff und was kostet die Lösung?

Gemeinderat C. Kaspar: Der Gemeinderat und die Verwaltung haben das Problem frühzeitig angepackt und haben im letzten Jahr eine Expertise durchführen lassen. Aufgrund dieser wird der nächsten Gemeindeversammlung ein Kreditbegehren für die Lösung des Problems vorgelegt werden.

://: Einstimmig wird vom Amtsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1997 zustimmend Kenntnis genommen.

Traktandum 4

Antrag Paula Pakery Keller gemäss § 68 Gemeindegesetz betreffend Vorverlegung des Beginns der Gemeindeversammlungen / Bericht des Gemeinderates

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel referiert im Sinne der Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung, den Antrag von Paula Pakery Keller nicht erheblich zu erklären.

Willy Maeder-Schaller: Die Gemeindekommission unterstützt den Antrag des Gemeinderates einstimmig.

Paula Pakery Keller hat den Antrag aufgrund von Umfragen gestellt. Sie bekam viel zu hören, die Gemeindeversammlungen würden zu spät beginnen. Die Zeiten haben sich geändert: früherer Feierabend, viele Pensionierte usw. P. Pakery zieht ihren Antrag zurück.

://: Der Antrag wird als durch Rückzug erledigt erklärt.

Traktandum 5

Sanierung Schlossfelsen / Schlussabrechnung und Nachtragskreditbegehren Fr. 299'102.30

Gemeinderat H. Kunz referiert im Sinne der Vorlage und ergänzt, dass der Verkehrs- und Verschönerungsverein und die Kulturkommission der Bürgergemeinde die Führungen übernommen haben. Die Bürgergemeinde sponsert die feste Beleuchtung und Infotafeln. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
- Für die Mehrkosten wird ein Nachtragskredit von Fr. 299'102.30 bewilligt.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum

Lukas Lauper-Lezzi: Die Gemeindekommission hat sich eingehend mit dem Geschäft befasst und festgestellt, dass die Sanierung gut gelungen ist. Die Gemeindekommission hat darüber diskutiert, wie gehandelt wird, wenn Überraschungen zum Vorschein kommen, ob bei Bauwerken grosszügiger entschieden wird als bei sozialen Werken. Die Gemeindekommission hat den Anträgen des Gemeinderates mit 13 Stimmen gegen 1 Stimme bei einer Enthaltung zugestimmt.

Karl Spichty-(Augustin): Ein solcher Nachtragskredit hätte vermieden werden müssen. Es geht um eine grosse Summe für den Schlossfelsen. Trotzdem sollte der Nachtragskredit bewilligt werden.

Adolf Brodbeck-Eggermann: Die FDP empfiehlt der Gemeindeversammlung, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen. Ein Teil des Schlossfelsens ist dem Schicksal überlassen worden. Der öffentliche Zugang ist verwehrt gewesen. Die Mauerreste über dem Dorf sind in bedenklichem Zustand gewesen. Der Sprecher hat mit Jugendlichen seinerzeit im südlichen Teil Sicherungsarbeiten durchgeführt. Der Einwohnerrat hat seinerzeit dem Kauf eines Teils der Schlossparzelle zugestimmt. Die Risiken für die Gemeinde unter dem Felsen sind unterschätzt worden. Die Gemeinde hat Glück gehabt. Die Dorf kernplanungskommission hat schon seit Jahren auf den Zustand der Mauern aufmerksam gemacht. Es war ein Glücksfall, dass der Kanton zur rechten Zeit Hand geboten hat, Untersuchungen durchzuführen und den Schutt abzuführen. Die Kreditüberschreitung war nicht zu vermeiden. Die Überraschungen kamen erst bei Beginn der Bauarbeiten zum Vorschein. Der Gemeinderat hatte seine Verantwortung wahrgenommen und einen klaren und mutigen Entscheid getroffen. Auf der einen Seite steht die Kreditüberschreitung, auf der anderen Seite das Resultat. Die Bewohner unterhalb des Felsens müssen jetzt nicht mehr Angst haben. Kanton und Gemeinde sind mit den Ausgrabungen um ein Ergebnis reicher geworden. Der Ort, von dem der Name Münchenstein abgeleitet ist, ist wieder in einem würdigen Zustand. Der Sprecher stellt sich für eine Führung gerne zur Verfügung.

Dr. Arnold Amacher-Bässler geht es nicht um das Resultat. Der Abbruch wäre eine denkbare Alternative gewesen. Es wird immer von Sparen gesprochen, von was ist wünschbar. Die Grünen können dem Nachtragskredit nicht zustimmen. Wenn Münchenstein in anderen Fällen auch so grosszügig wäre, und nicht gegen Einrichtungen im sozialen Bereich das Referendum ergriffen würde, sähe die Situation anders aus. Für die Investition von

Fr. 80'000 für den Einbau der Treppe hätte der Gemeinderat an die Gemeindeversammlung gelangen können. Auch das Einlegen der Leerrohre wäre ein Thema für die Gemeindeversammlung gewesen. Der Gemeindeversammlung wird empfohlen, das Nachtragskreditbegehren abzulehnen, auch wenn dies nur der Faust im Sack gleichkommt. Der Sprecher möchte noch wissen, ob für die Sanierung eine Baubewilligung erforderlich war.

Bauverwalter R. Zulauf zeigt auf der Leinwand Bilder und Skizzen vom Schloss um 1741 und erläutert den damaligen Zugang. Ferner zeigt er einen Ausschnitt und einen Schnitt des Aufgangs und erläutert die Bauart der Mauer. Die Mauer hat sich talwärts geneigt. Es kann nicht gesagt werden, wie lange sie noch gehalten hätte. Nach den Ausgrabungen wurde die Mauer saniert und mit Felsankern an den Felsen zurückgebunden. Eine Besonderheit war der Zugang mit der Ziehbrücke. Die Instandstellung dieser Brücke war auch ein wesentlicher Bestandteil der Sanierung. Für die Sanierungsarbeiten war keine Baubewilligung nötig. Ob für die Beleuchtung eine Bewilligung erforderlich ist, wird noch abgeklärt.

://: Mit grossem Mehr gegen 2 Stimmen bei wenigen Enthaltungen beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die vorliegende Schlussabrechnung wird genehmigt.
2. Für die Mehrkosten wird ein Nachtragskredit von Fr. 299'102.30 bewilligt.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum

Traktandum 6

Trottoir und Aufpflasterung Platanenweg / Schlussabrechnung

Gemeinderat W. Banga referiert im Sinne der Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung, die vorliegende Schlussabrechnung zu genehmigen.

Lukas Lauper-Lezzi: Die Gemeindekommission empfiehlt einstimmig Zustimmung.

Ruth Gualerzi: Im Vordergrund steht die Sicherheit der Bevölkerung, vorallem der Schüler/innen. Die FDP ist für Genehmigung der Schlussabrechnung.

://: Einstimmig wird die vorliegende Schlussabrechnung genehmigt.

Traktandum 7

Schlussabrechnung Sanierung Reservoir Gruth

Gemeinderat A. Schenker referiert im Sinne der Vorlage und beantragt der Gemeindeversammlung, die vorliegende Schlussabrechnung zu genehmigen.

Lukas Lauper-Lezzi empfiehlt namens der Gemeindekommission Zustimmung.

://: Einstimmig wird die vorliegende Schlussabrechnung genehmigt.

Traktandum 8

Verschiedenes

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel teilt mit, dass Paula Pakery Keller einen Antrag gemäss § 68 des Gemeindegesetzes eingereicht hat um Abschaffung einer obligatorischen amtlichen Oelfeuerungskontrolle unter Vorbehalt, dass statt dessen die Abgasteste durch

Servicefirmen mittels jährlich amtlich überprüften und gesetzlich vorgeschriebenen Geräten durchgeführt worden sind, analog Abgastests für Autos.

Nach den Bestimmungen des Gemeindegesetzes muss der Antrag der nächsten Gemeindeversammlung unterbreitet werden. Die Feuerungskontrolle ist Sache des Kantons. Die Gemeinde ist für Änderungen nicht zuständig. Zurzeit stehen beim Kanton Änderungen zur Diskussion. Der Gemeinderat wird mit der Antragstellerin Kontakt aufnehmen und je nach Entwicklung beim Kanton mit ihr abklären, ob der Antrag der Gemeindeversammlung vorgelegt werden soll oder nicht.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel erklärt seinen Rücktritt als Gemeinderat und Gemeindepräsident per Ende September 1998. Im Oktober 1998 wird Dr. F. Zweifel 65 Jahre alt, und wird Ende September das Amt eines Gemeinderates 30 Jahre und 9 Monate, dasjenige des Gemeindepräsidenten 26 Jahre und 9 Monate lang ausgeübt haben. So scheint ihm nun der Zeitpunkt für eine Ablösung gekommen. Dr. F. Zweifel wird sein Amt mit überwiegend guten Erinnerungen verlassen. Er hätte es nicht so lange ausüben können, wenn er nicht immer wieder das Vertrauen aller Einwohnerinnen und Einwohner, aller Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, aller Behörden- und Kommissionsmitglieder, aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gespürt und erfahren hätte. Im Gemeinderat, aber auch in allen anderen Bereichen konnte und durfte immer wieder über politische und sachliche Meinungsunterschiede hinweg im Interesse der ganzen Gemeinde sinnvolle und gute Arbeit geleistet werden. Dr. F. Zweifel hofft und wünscht, dass dies auch in Zukunft so bleiben wird, und er ist auch überzeugt, dass es so bleiben wird.

Die Nachfolge in den Gemeinderat wird gemäss dem letzten Wahlprotokoll geregelt, und den Termin für die Ersatzwahl des Gemeindepräsidenten/der Gemeindepräsidentin wird der Gemeinderat noch festlegen.

Um 21.00 Uhr erklärt der Gemeindepräsident die Versammlung als geschlossen.

Für die Richtigkeit des Protokoll

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeverwalter:

Dr. Fritz Zweifel

Pius Helfenberger

3. Einwohnergemeindeversammlung

vom Dienstag, 15. September 1998, 20.00 Uhr,
im Kuspo Bruckfeld

Anwesend vom Gemeinderat: Ursula Dürrenberger-Steiner, Walter Banga-Banga, Eduard Gysin, Claude Kaspar-Schmidlin, Hans Kunz-Gasser, André Schenker-Nay, Dr. Fritz Zweifel-Stettler

Entschuldigt: Rudolf Zulauf-Brodbeck, Bauverwalter

Vorsitz: Dr. Fritz Zweifel-Stettler, Gemeindepräsident

Rednerliste: Ursula Dürrenberger-Steiner, Vizepräsidentin

Protokoll: Pius Helfenberger-Meier, Gemeindeverwalter
Peter Imboden-Bregy, Sekretär

Stimmzähler: Corina Matzinger Rohrbach, Rolf Thalmann-Strüby,
Beatrice Tschamber-Heiniger

Traktanden:

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 17. Juni 1998
 2. Kreditbegehren Fr. 300'000.-- für die Jahr 2000-bedingten Anpassungen der EDV-Anlage bzw. für die Migration des Zentralrechners in das Rechenzentrum der Gemeinde Binningen
 3. Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen
 4. Verschiedenes
- Anschliessend Verabschiedung von Gemeindepräsident Fritz Zweifel

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel begrüsst die rund 300 anwesenden Stimmberechtigten zur 3. Einwohnergemeindeversammlung dieses Jahres, speziell die Vertreter der Presse. Nichtstimmberechtigte werden auf die für sie reservierten Sitzplätze aufmerksam gemacht. Unberechtigt Stimmende machen sich strafbar.

Hans Dux-Müller möchte von dieser Versammlung Videoaufnahmen mit Ton machen. Die Versammlung wird angefragt, ob sie damit einverstanden ist.

://: Keine Einwände.

Die Einladung mit Taktanden und Anträgen ist allen Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt worden. Die Publikation im amtlichen Anzeiger ist rechtzeitig erfolgt. Der Ratschlag ist den Abonnenten, der Presse usw. zugestellt worden. Er konnte bei der Gemeindeverwaltung bestellt oder bezogen werden und liegt hier im Saal auf. Der Ratschlag lag zudem an verschiedenen Stellen in der Gemeinde zum Bezug auf.

://: Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Traktandum 1

Protokoll

://: Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 17. Juni 1998 wird genehmigt und den Verfassern verdankt.

Traktandum 2

Kreditbegehren Fr. 300'000.-- für die Jahr 2000-bedingten Anpassungen der EDV-Anlage bzw. für die Migration des Zentralrechners in das Rechenzentrum der Gemeinde Binningen

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel teilt mit, dass zur Beantwortung allfälliger Detailfragen auch E. Ramel, EDV-Verantwortlicher, anwesend ist.

Gemeinderat C. Kaspar weist darauf hin, dass er bereits an der letzten Gemeindeversammlung eine Frage dahingehend beantwortet hat, dass ein entsprechendes Kreditbegehren noch kommen werde. Das liegt nun vor. Nach 9 Jahren müsste eigentlich eine neue Anlage angeschafft werden. Der Gemeinderat und die Verantwortlichen haben aber eine andere Lösung gefunden, die günstiger und sicherer ist. Eine neue Anlage würde mindestens 1 Mio Franken kosten, und es wäre nicht sicher, ob sie ab 1.1.2000 noch laufen würde. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, zu beschliessen:

- Der Migration ins Rechenzentrum Binningen (RZBI) inklusive Ablösung der heutigen Zivilschutzsoftware und des NCR-Matrix-Druckers wird zugestimmt und hierfür ein Kredit von Fr. 300'000.-- bewilligt.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Peter Graser-Hafner: Die Gemeindekommission hat die Vorlage beraten. Verschiedene Fragen sind seitens des Gemeinderates kompetent beantwortet worden. Die Gemeindekommission ist zur Überzeugung gekommen, dass der Gemeinderat und die Fachleute gute Arbeit geleistet haben. Die Gemeindekommission hat dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zugestimmt.

Jérôme Vuille-Galli: Die FDP hat sich mit der Vorlage befasst und empfiehlt der Gemeindeversammlung, dem Kreditbegehren zuzustimmen. Der Sprecher hat herausgefunden, dass der Drucker mit der Jahr 2000-Tauglichkeit nichts zu tun hat und eigentlich nicht in das Kreditbegehren gehört. Der Drucker hat aber ein Alter von 10 Jahren und es ist richtig, wenn er jetzt auch ersetzt wird. Der Kredit für den Drucker hätte ins Budget 1999 aufgenommen werden können. Auch die Ablösung der Zivilschutzsoftware hat mit der Jahr 2000-Tauglichkeit nichts zu tun. Es ist aber sinnvoll, diese Software jetzt abzulösen. Die vorgeschlagene Lösung für den Zentralrechner ist sicher richtig. Eine neue Anlage würde bedeutend mehr kosten und der Zeitpunkt für eine Neuanschaffung ist zurzeit nicht günstig.

Peter Zwick-Rudin: Die CVP findet die vorgeschlagene Lösung gut. Die Datenübermittlung ist gewährleistet, es kann die Leitung des Kantons benutzt werden. Die CVP empfiehlt Zustimmung.

Willy Maeder-Schaller: Die SP ist der Meinung, dass der Vorschlag des Gemeinderates die beste Lösung ist.

Patrice Baumann-Gerber vergleicht die EDV-Anlage mit einem Oldtimer-Cabriolet, das viel Geld kostet. Der Sprecher zeigt auf der Leinwand ein Blatt mit einer Anzahl Fragen und führt aus, dass der Matrixdrucker veraltet ist. Der Drucker hat aber mit der Jahr 2000-Tauglichkeit nichts zu tun. Die Kosten betragen rund ein Viertel des beantragten Kredites. Als Fachmann ist ihm klar, dass etwas gemacht werden muss. Wenn etwas gesucht wird, holt man mehrere Offerten ein. Im vorliegenden Fall liegt nur eine Offerte vor. In der Vorlage ist die Rede von

einem Dienstleistungsvertrag, dem Crux der ganzen Sache. Wie sieht dieser Vertrag aus? Eine Kopie war nicht erhältlich. Das Rechenzentrum Binningen ist ein Rechenzentrum einer politischen Gemeinde, nicht eines Unternehmens. Auch der Lieferant der bestehenden Anlage betreibt ein Rechenzentrum, und zwar in Schlieren, wo 25 Gemeinden angeschlossen sind. Auf diesem Rechenzentrum läuft ein neues EDV-System. Die Gemeinde Oberwil BL ist daran, an das Rechenzentrum in Schlieren anzuschliessen. Ein wichtiger Aspekt sind die Kosten. Der Anschluss in Schlieren käme ungefähr gleich hoch zu stehen. Die Umstellung auf das neue System hat Oberwil ungefähr Fr. 100'000 gekostet. Die Datenübermittlung ist kein Problem, auch die Sicherheit nicht. Matrixdrucker werden heute abgelöst durch Laserdrucker. Der Gemeinderat muss der nächsten Gemeindeversammlung eine Vorlage unterbreiten, die in die Zukunft gerichtet ist. In terminlicher Hinsicht sollte das kein Problem sein. Die vorliegende Vorlage geht in die falsche Richtung, auch aus finanziellen Gründen und auch im Hinblick auf das neue Rechnungssystem, das neue Steuersystem usw. Wenn heute dem Kreditbegehren zugestimmt wird, wird der Sprecher das Referendum ergreifen. Die Ablehnung richtet sich gegen die Mogelpackung mit Drucker und gegen das veraltete System. Die Gemeindeversammlung wird ersucht, das Kreditbegehren abzulehnen.

Klaus Droz-Schindler stellt fest, dass der Vorredner anscheinend ein misstrauischer Mensch ist. Im ersten Moment war dem Sprecher auch nicht wohl bei dieser Vorlage, vorallem wegen der Sicherheit. Was passiert, wenn der Zentralrechner einmal aussteigt? Der Sprecher hat die Vorlage mit einem EDV-Fachmann besprochen und dieser hat einen guten Eindruck davon. Der Datenschutz sei kein Problem. Das Hauptproblem sei der Vertrag. Dieser könne zu Problemen führen, wenn er zu wenig ausführlich ist und der Partner andere Interessen hat. Der Sprecher hat auch mit E. Ramel, dem EDV-Verantwortlichen der Gemeindeverwaltung, gesprochen und sich überzeugen lassen, dass es sich um eine ausgereifte Vorlage handelt. Die Gemeinde Binningen hat die gleichen Interessen wie unsere Gemeinde, hängt an der gleichen Maschine und wird sich alle Mühe geben, den Rechner wieder in Gang zu bringen, wenn er einmal aussteigen sollte. Das könnte unter Umständen nicht der Fall sein, wenn wir an einem anderen Ort angeschlossen wären. Der Dienstleistungsvertrag ist gut, könnte in einigen Punkten vielleicht präziser formuliert werden. Die Gemeinde Oberwil BL ist in Binningen ausgestiegen, nicht wegen schlechter Dienstleistung, sondern aus politischen Gründen. Die anderen angeschlossenen Gemeinden sind zufrieden. Dem Kreditbegehren kann mit gutem Gewissen zugestimmt werden.

Peter Graser-Hafner massiert sich als simpler User kein abschliessendes Urteil an. Die User sind die Leidtragenden der Fehler der EDV-Fachleute. Der Matrixdrucker ist wohl nicht für alles geeignet, aber für sehr viele Anwendungen sehr gut. Der Gemeinderat und der EDV-Verantwortliche haben die Initiative ergriffen. Es ist sicher gut, wenn sich Gemeinden zu einer Zusammenarbeit finden. Die Vorlage ist nicht nur entstanden wegen der Jahr 2000-Problematik; die Maschine der Gemeindeverwaltung hat nicht einmal mehr Schrottwert. Entscheidend für den Sprecher ist die Migration. Diese ist technisch sehr einfach und es kann mit den gleichen Programmen weitergearbeitet werden, mit denen das Personal vertraut ist. Die Betriebssicherheit ist heute das grösste Problem, aber die Firma hat doch jedes Interesse, eine ausgestiegene Maschine sofort wieder in Gang zu bringen. Das Vorhaben kostet die Gemeinde bis 2003 eigentlich nicht viel Geld. Und wenn jetzt von einem Referendum gesprochen wird, haben wir es wahrlich weit gebracht.

Gemeinderat C. Kaspar weist den Vorwurf, die Vorlage sei eine Mogelpackung, zurück. Gemeindeverwalter P. Helfenberger hat gegenüber P. Baumann gesagt, er könne sich an die Kontrollorgane wenden, um den Ablauf des Geschäftes zu prüfen.

Gemeindeverwalter P. Helfenberger: P. Baumann macht zwei Sachen durcheinander. Jetzt geht es um eine Migration, d.h. um eine Auslagerung von Daten. P. Baumann zielt aber auf einen Systemwechsel ab. Für den Anschluss an das Rechenzentrum in Schlieren müssen neue Programme angeschafft werden. Aber im Moment ist nicht der Zeitpunkt für einen Systemwechsel. Der Gemeinderat und die Verantwortlichen haben sich schon seit längerer Zeit mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Ein Systemwechsel muss genau überlegt

werden. Eine Arbeitsgruppe mit einem externen Fachmann hat die Migration eingehend geprüft. Es ist nicht ausgeschlossen, dass für die Zeit ab 2003 eine andere Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden gesucht wird. Es konnte nur eine Offerte eingeholt werden, weil keine andere Möglichkeit vorhanden war. Der Faktor Politik spielt sicher eine gewisse Rolle; Binningen, Münchenstein und die anderen Gemeinden haben die gleichen Interessen. Die vorgeschlagene Lösung ist sicher nicht für die nächsten 10 Jahre gedacht. Damit wird aber die Jahr 2000-Schwelle überschritten. Die Migration ist sicher die beste Lösung für unsere Gemeinde. Eine andere Möglichkeit gibt es praktisch nicht. Gewisse Kosten für Programmänderungen wird es geben. Diese werden aber bei weitem nicht so hoch sein wie die Kosten für neue Programme. Das vorhandene System ist gut und das Personal kann damit arbeiten.

://: Mit allen gegen eine Stimme beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Der Migration ins Rechenzentrum Binningen (RZBI) inklusive Ablösung der heutigen Zivilschutzsoftware und des NCR-Matrix-Druckers wird zugestimmt und hierfür ein Kredit von Fr. 300'000.-- bewilligt.
2. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Patrice Baumann-Gerber: Nachdem die Abstimmung so eindeutig ausgefallen ist, ist für ihn klar, dass ein Referendum nicht in Frage kommt.

Traktandum 3

Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen

Gemeinderat E. Gysin referiert im Sinne der Vorlage. Beim nun vorliegenden Reglement handelt es sich um eine gangbare Lösung. Der Gemeindeversammlung wird beantragt,

- das nachstehend aufgeführte Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen zu beschliessen.
- Das Reglement wird nicht publiziert. Es kann auf der Gemeindeverwaltung eingesehen oder bestellt werden.
- Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

Lukas Lauper-Lezzi: Die Gemeindegemission hat sich bei der ersten Vorlage eingehend mit dem Geschäft befasst. Das nun vorliegende Reglement gab zu keinen Diskussionen Anlass. Die Gemeindegemission hat den Anträgen des Gemeinderates einstimmig zugestimmt und empfiehlt das Gleiche der Gemeindeversammlung.

Peter Zwick-Rudin gibt die Zustimmung der CVP bekannt.

://: Einstimmig beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Das nachstehend aufgeführte Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen wird beschlossen.
2. Das Reglement wird nicht publiziert. Es kann auf der Gemeindeverwaltung eingesehen oder bestellt werden.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.

://: Demnach beschliesst die Gemeindeversammlung, gestützt auf § 47 Abs. 2 des Gemeindegesetzes vom 28. Mai 1970, das folgende **Reglement über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen**

§ 1 Zweck

¹Dieses Reglement bezweckt den Vollzug des Gesetzes über die Ausrichtung von Mietzinsbeiträgen.

²Der Gemeinderat ist ermächtigt, zu den einzelnen Bestimmungen dieses Reglements eine Verordnung gemäss § 70 Abs. 2 Ziff. 1 des Gemeindegesetzes zu erlassen.

§ 2 Jahreseinkommen

¹Das Jahreseinkommen setzt sich zusammen aus sämtlichen Einkünften der im gemeinsamen Haushalt lebenden natürlichen Personen. Es umfasst das um den AHV-Beitrag reduzierte Brutto-Einkommen; davon abgezogen werden Erwerbsunkosten wie Auslagen für Fahrt zur Arbeitsstätte, Verpflegungsmehraufwand, übrige berufsbedingte Auslagen; AHV-Beiträge nicht erwerbstätiger Personen sowie die abzugsfähigen Beiträge an die berufliche Vorsorge (2. Säule) gemäss Steuer- und Finanzgesetz.

²Dem Jahreseinkommen zugerechnet werden ausserdem nicht steuerbare Einkünfte der Haushaltmitglieder wie Ergänzungsleistungen, Stipendien, Alimente und weitere Entschädigungen (z.B. Krankenversicherungsprämien-Verbilligungen).

§ 3 Jahresnettomiete

¹Als Jahresnettomiete gilt der vertraglich vereinbarte Jahresmietzins ohne Nebenkosten.

²Besteht ein Untermietverhältnis, so wird die Jahresnettomiete um eine dem Untermietverhältnis angemessene ortsübliche Jahresmiete reduziert.

§ 4 Höchstmieten

¹Die Jahresnettomieten dürfen folgende Höchstbeträge pro Jahr nicht übersteigen:

- bei einer Person pro Haushalt Fr. 15'000
- bei zwei Personen pro Haushalt Fr. 16'000
- bei drei Personen pro Haushalt Fr. 17'000
- bei vier Personen pro Haushalt Fr. 18'300
- pro zusätzliche Person Fr. 1'200

²Bei höheren Mieten ist der Teil, der den obigen Satz übersteigt, nicht beitragsberechtigt.

³Der Gemeinderat ist ermächtigt, die Höchstmieten gemäss dem Mietkostenindex des Bundes anzupassen (Stand Oktober 1992 = 156,4 Punkte).

§ 5 Jahreseinkommenshöchstgrenze

¹Das Jahreseinkommen darf Fr. 40'000.-- für Ehepaare und Fr. 30'000.-- für Alleinstehende zuzüglich eines Betrags von Fr. 4'000.-- pro Kind nicht übersteigen.

²Die Einzelheiten regelt die Verordnung

§ 6 Vermögenshöchstgrenze

¹Bei einem Reinvermögen von mehr als Fr. 25'000.-- bei Alleinstehenden bzw. Fr. 40'000.-- bei Ehepaaren besteht kein Anspruch auf einen Mietzinsbeitrag. Das Kindesvermögen wird dabei nicht berücksichtigt.

²Die Einzelheiten regelt die Verordnung.

§ 7 Angemessenheit der Wohnungsgrösse

Ein Mietzinsbeitrag wird in der Regel nur ausgerichtet, wenn die Zahl der Zimmer jene der Bewohner/innen um nicht mehr als eines übersteigt.

§ 8 Tragbares Mass der Mietzinsbelastung

¹Die tragbare Miete ist der Betrag, der verbleibt, wenn vom Jahreseinkommen der massgebliche Lebensbedarf sowie die effektiven Wohnnebenkosten gemäss Mietvertrag abgezogen werden.

²Der massgebliche Lebensbedarf beträgt für

eine alleinstehende Person		Fr. 1'700 p.Mt.	Fr. 20'400 p.J.
ein Ehepaar ohne Kinder		Fr. 2'300 p.Mt.	Fr. 27'600 p.J.
eine alleinstehende Person	mit 1 Kind	Fr. 2'000 p.Mt.	Fr. 24'000 p.J.
	mit 2 Kindern	Fr. 2'490 p.Mt.	Fr. 29'880 p.J.
	mit 3 Kindern	Fr. 2'910 p.Mt.	Fr. 34'920 p.J.
	pro Kind mehr	Fr. 300 p.Mt.	Fr. 3'600 p.J.
eine Familie	mit 1 Kind	Fr. 2'790 p.Mt.	Fr. 33'480 p.J.
	mit 2 Kindern	Fr. 3'210 p.Mt.	Fr. 38'520 p.J.
	mit 3 Kindern	Fr. 3'630 p.Mt.	Fr. 43'560 p.J.
	mit 4 Kindern	Fr. 3'930 p.Mt.	Fr. 47'160 p.J.
	pro Kind mehr	Fr. 300 p.Mt.	Fr. 3'600 p.J.

³Die Einzelheiten regelt die Verordnung.

§ 9 Ausnahmen

Wo aussergewöhnliche Verhältnisse es rechtfertigen, kann der Gemeinderat ausnahmsweise von den Bestimmungen dieses Reglements abweichen.

§ 10 Verfahren

¹Gesuche um Gewährung von Mietzinsbeiträgen sind der Gemeinde unter Beilage der notwendigen Unterlagen einzureichen.

²Im Falle eines zustimmenden Entscheides werden die Beiträge ab Zeitpunkt der Gesuchs-Einreichung gewährt.

³Die Zusicherung gilt für ein Kalenderjahr, längstens jedoch bis zum Eintritt einer Veränderung bei einem Berechnungsfaktor.

⁴Der Gemeinderat ist ermächtigt, die Beträge periodisch dem Landesindex der Konsumentenpreise anzupassen (Stand November 1997 = 103,9 Punkte, Basis Mai 1993 = 100 Punkte).

§ 11 Einsprache und Beschwerde

¹Gegen Beitragsverfügungen kann innert 10 Tagen seit Erhalt der Mitteilung schriftlich und begründet beim Gemeinderat Einsprache (gemäss § 171 o des Gemeindegesetzes) erhoben werden.

²Gegen Entscheide des Gemeinderats kann innert 10 Tagen seit Erhalt der Mitteilung schriftlich und begründet beim Regierungsrat Baselland Beschwerde erhoben werden (gemäss §§ 172 ff des Gemeindegesetzes).

§ 12 Auszahlung

Die zugesprochenen Beträge werden in der Regel auf Quartalsende ausbezahlt.

§ 13 Strafbestimmung

¹Bei Übertretung der Bestimmungen dieses Reglements kann eine Verwarnung oder eine Geldbusse bis zu Fr. 1'000.-- ausgesprochen werden (gemäss § 46 des Gemeindegesetzes).

²Das Verfahren richtet sich nach §§ 81 ff des Gemeindegesetzes.

§ 14 Genehmigungsvorbehalt und Inkrafttreten

¹Dieses Reglement bedarf zu seiner Rechtskraft der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion Basel-Landschaft.

²Es tritt auf den 1. Januar 1999 in Kraft.

Traktandum 4

Verschiedenes

Karl Spichy-(Augustin) glaubt, dass sich alle an der neuen Kultur- und Sporthalle freuen, und fragt sich, was mit dem noch vorhandenen Land geschehen soll. Der Gemeinderat sollte sich rasch Gedanken darüber machen. Eine willkommene Ergänzung zum Kuspo wäre eine Schwimmhalle. Für deren Bau sollte wieder die gleiche Baukommission eingesetzt werden wie beim Kuspo. Diese Kommission hat sehr gute Arbeit geleistet.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel: Der Gemeinderat macht sich immer wieder Gedanken, was wo mit was für Geld erstellt werden kann.

Verabschiedung von Gemeindepräsident Fritz Zweifel

Zur Verabschiedung von Gemeindepräsident Fritz Zweifel erscheint eine Delegation aus der Patengemeinde Eriz, nämlich Gemeindepräsident Peter Kropf mit der Münchensteiner Fahne, und Gemeindegeschreiber Christian Aeschlimann, als Mönch verkleidet, mit der Erizer Fahne, und stellt sich vor den Versammlungsteilnehmern auf.

Vizepräsidentin U. Dürrenberger: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Gäste aus dem Eriz, liebe Münchensteinerinnen und Münchensteiner. Die heutige Gemeindeversammlung ist nicht eine wie üblich. Es ist die letzte Vorstellung unseres Gemeindepräsidenten Fritz Zweifel. Vor bald 31 Jahren, am 1. Januar 1968, hat Fritz Zweifel sein Mandat als Gemeinderat angetreten. Wahrscheinlich hat er damals selber nicht geahnt, dass er das Amt so lange ausüben wird und erst noch fast 27 Jahre Gemeindepräsident sein wird. Er hat auch nicht gewusst, dass er bis heute mit seinen Gemeinderatskolleginnen und -kollegen in ungefähr 1'574 Gemeinderatssitzungen rund 43'700 Gemeinderatsgeschäfte – das ist sicher eine Zahl, die ins Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen würde – und 8'300 Vormundschaftsgeschäfte behandeln würde. Dazu kommen noch ungefähr 105 Gemeindekommissionssitzungen, 70 Einwohnerratssitzungen und 90 Gemeindeversammlungen.

Von 1967 bis 1971 ist Fritz Zweifel gleichzeitig Landrat und Gemeinderat gewesen. Er hat sich dann aber entschieden, sich ganz der Gemeindegarbeit und seinem Beruf zu widmen und hat das Landratsmandat niedergelegt.

1968 bis 1971 ist Fritz Zweifel dem Strassendepartement vorgestanden. Weil er aufgrund eines tödlichen Verkehrsunfalls im Quartier Gartenstadt zusammen mit den zuständigen Polizeistellen eine Anzahl Stoppstrassen in Münchenstein veranlasst hat, ist er von den Leuten „Stopp-Fritz“ oder „Dr. Fritz Stopp“ genannt worden.

Im Dezember 1971 hat ihn die Münchensteiner Bevölkerung in einer Kampfwahl gegen Paul Messmer von der CVP zu ihrem Gemeindepräsidenten gewählt. Gewonnen hat er die Wahl mit dem Foto und den Schlagzeilen (auf der Leinwand ein Dia aus dem damaligen Wahlprospekt). All die Aussagen sind nicht leere Worte gewesen, sondern haben den Tatsachen entsprochen. Fritz Zweifel hat am 1. Januar 1972 die Nachfolge von Adolf Brodbeck-Martin angetreten. Er musste sich schon sofort einer Herausforderung stellen: Münchenstein hat den Einwohnerrat eingeführt. Dank seines ausgeprägten Organisationstalentes und seines souveränen Durchblicks hat er diesen Wechsel ebenso bravourös gemeistert wie die Rückkehr zur Gemeindeversammlung 1980.

In der Gemeindeverwaltung hat Fritz Zweifel für klare Verwaltungsabläufe gesorgt. Seine straffe und konsequente Leitung der Sitzungen und Gemeindeversammlungen hat ihm zeitweise Kritik eingetragen. Andererseits ist aber auch geschätzt worden, dass die Gemeindeversammlungen nicht in ermüdende, ergebnislose Open-End-Veranstaltungen ausgeföhrt sind.

Mit ausgeprägtem Sachverstand hat Fritz Zweifel blitzschnell klare Entscheidungsgrundlagen geschaffen, was vorallem bei komplizierten und folgensweren Geschäften von grosser Bedeutung gewesen ist. Zu den heftig diskutierten, für Münchenstein und teilweise für die Region bedeutungsvollen Projekten in der Ära Fritz Zweifel gehören z.B. die Linienführung J18, die Gewerbebauten Spengler AG und die Migros Verteilzentrale, und in jüngster Zeit das Kuspo Bruckfeld. Die Grün 80 hat sogar internationale Aufmerksamkeit erreicht.

Queen Elizabeth II hat ihren Fuss auf Münchensteiner Boden gesetzt und mitsamt Prinzgemahl und Gefolge einen Grün 80-Rundgang gemacht. Übrigens: Zum Missvergnügen von vielen Münchensteinerinnen und Münchensteinern hat unser Präsident seinen Platz an der Tafel der Queen einem anderen Anwärter überlassen. Mit ebenso grossem Stolz, wie er die Queen begrüsst hat, hat Fritz Zweifel auch die vielen Vertreter von Kantonsregierungen und Parlamenten empfangen, die „sein“ Münchenstein beehrt haben.

Wenn es um juristische Probleme gegangen ist, sind Fritz Zweifel seine Ausbildung und seine Berufserfahrung als Anwalt zugute gekommen. Ein markantes Beispiel ist die Angelegenheit Heiligholz gewesen, die bekanntlich bis vor Bundesgericht gezogen worden ist. Da hat er den richtigen Weg vorgeschlagen und so chaotische Folgen für die Gemeinde verhindern können. Seine Sachkenntnis und sein unbeirrbarer Einsatz für eine praktikable Lösung haben auch im Kreis namhafter Anwaltskollegen Beachtung und Anerkennung gefunden.

Als höchster Münchensteiner ist Fritz Zweifel all die Jahre bescheiden geblieben. Grossspurigkeit und Popularitätshascherei sind ihm fremd gewesen. Er hat keinen Wert auf Titel und Ehrbezeugungen gelegt, im Vordergrund ist immer ein hohes Verantwortungsbewusstsein und echte Dienstbereitschaft gestanden. Mehr Sein als Schein, hat ihn ausgezeichnet. Wer ihm an Gemeindeanlässen begegnet ist, hat festgestellt, das er auf alle Menschen mit der gleichen Herzlichkeit zugegangen ist. Die Wesensart hat ratsuchenden Mitbürgerinnen und Mitbürgern den Weg in die Sprechstunde des Gemeindepräsidenten erleichtert. Viele haben aber auch privat Hilfe und Rat bei ihrem Präsidenten gesucht, und sie haben immer Gehör gefunden.

In den Gemeinderatssitzungen haben wir nicht selten heftige Diskussionen geführt und komplett verschiedene Meinungen sind aufeinander geprallt. Weil Fritz Zweifel immer verstanden hat, zwischen Sachgeschäft und Mensch zu unterscheiden, und weil er keinen nachtragenden Charakter hat, ist es den Mitgliedern des Gemeinderates auch nach turbulenten Sitzungen möglich gewesen, sich ohne Vorbehalte freundschaftlich zu begegnen. Die überlegene Unterscheidung zwischen der Sache und dem Mensch, der die Sache vertreten hat, hat Fritz Zweifel wahrscheinlich auch ermöglicht, unvermeidliche Anfeindungen und unsachliche oder ungerechte Kritik zu verarbeiten. So ist es ihm gelungen, mit immer gleichem Engagement und grosser Disziplin bei seinem Auftrag zu bleiben.

Fritz Zweifel ist aber nicht nur am Schreibtisch gesessen. Nein, er ist ein Mensch, der viel Bewegung braucht. So ist ihm der Mittwoch Abend heilig gewesen, da konnte er meistens zu keinen Anlässen oder Sitzungen bewegt werden. Da hat er sich als Aktivturner betätigt. (Auf

der Leinwand ein Dia als Turner). Früher ist er bei den Jüngeren gewesen und hat, wie das Bild von 1982 zeigt, so heftig mitgemacht, dass er ein Loch in seinen Trainingsanzug gerissen hat. Fritz, wenn wir einen Match zwischen Parteien ausgetragen hätten, hättest du mit deinem roten Trainer mit der SP kämpfen müssen. Heute nimmt er es etwas ruhiger, er ist jetzt bei den Senioren. Auf die Turnerfahrt oder auf grössere Faustballturniere hat er nicht oder nur ungern verzichtet.

Eine andere Leidenschaft von Fritz Zweifel ist das Wandern und Spazieren. Viele von euch sind ihm sicher ab und zu auf seinen Märschen begegnet, manchmal mit und manchmal ohne Hund. Auf seine Abendspaziergänge hat er, soweit bekannt, nur selten verzichtet. Weil er in unserer Gemeinde soviel zu Fuss unterwegs ist, haben sich ihm Winkel und Ecken aufgetan, die dem motorisierten Menschen verschlossen bleiben. So konnte er auch spüren, wo der Schuh drückt.

Überaus begeistert hat Fritz Zweifel immer vom Ski fahren erzählt. Wie das Dia auf der Leinwand zeigt, hat Fritz Zweifel an einem Skirennen teilgenommen. Das war 1986. Fünf Mönche (R. Zulauf, M. Burkard, P. Walder, Ch. Streich und Fritz Zweifel) sind mit Begleittross zum Rennen gegen die Patengemeinde Eriz gestartet. Sie sind sehr erfolgreich gewesen und haben einen ehrenvollen zweiten Platz herausgefahren. Am Rennen haben zwei Mannschaften teilgenommen. Erste wurden, wohl wegen der Ortskenntnis und des Heimvorteils, natürlich die Erizer. Zum Eriz hat unser Präsident eine besondere Beziehung und hat die Gemeinde auch immer wieder besucht. Die Herzlichkeit der Erizer ist auffallend und wer einmal dort gewesen ist, geht gerne noch weitere Male.

Lieber Herr Präsident, lieber Fritz. Während drei Jahrzehnten hast du die berufliche und private Planung nach den Anforderungen deines Amtes und nach den Anliegen unseres Münchenstein gerichtet. Jetzt geht deine Präsidentenzeit dem Ende entgegen. Abschied nehmen gehört zu unserem Leben. Wir müssen Abschied nehmen von geliebten Menschen, von unseren Kindern, wenn sie selbständig werden, von Tätigkeiten und Gewohnheiten, von unserem Daheim beim Zügeln usw. Abschied nehmen tut meistens weh, manchmal mehr, manchmal weniger. Wehmut kommt in unserem Herzen auf. Abschied heisst aber auch Neuanfang. Es begegnen uns andere Menschen, neue Aufgaben, ein neues Daheim usw. Ich denke, Fritz, dir wird es nicht anders gehen. Du trittst zurück in die zweite Reihe und musst dich nicht mehr um alle Anliegen von Münchenerinnen und Münchenern kümmern. Du bist nicht mehr im Schussfeld der Kritik, Lob hört man ja gern. Das kann auch befreiend sein und setzt Kräfte für andere Tätigkeiten frei. Du hast mehr Zeit, hoffentlich, und kannst am Abend auch einmal gemütlich daheim sitzen und ein Buch oder Musik geniessen. Am Anfang ist das vielleicht ein wenig schwierig, aber ich bin sicher, dass du dich daran gewöhnen wirst und es dann nicht mehr missen möchtest.

Für all die Jahre, Fritz, die du dich in den Dienst von Münchenstein und seiner Bevölkerung gestellt hast, danken wir dir von ganzem Herzen. Unser Dank gilt aber auch deiner Familie, die die Bedingungen von deinem Amt immer akzeptiert hat, ins Familienleben integriert und die schönen wie auch die unangenehmen Seiten deiner Arbeit mitgetragen hat.

Du planst kein Rentner-Dasein, sondern wirst wieder mehr in deinem Anwaltsberuf tätig sein. Du begibst dich aber in den wohlverdienten Polit-Ruhestand. Wir wünschen dir und einer Familie, und besonders auch deiner Gemahlin Meta, alles Gute, stabile Gesundheit und Ruhe, damit ihr all die kleineren und grösseren zurückgestellten Unternehmungen nachholen könnt.

Wir haben uns überlegt, was dir, neben der obligaten Wappenscheibe, Freude bereiten könnte. Wir haben gedacht, weil du jetzt mehr Zeit hast – hoffe ich wenigstens – wäre eine Musikreise nach deiner Wahl gerade richtig. Wir wünschen dir jetzt schon viel Vergnügen.

Vizepräsidentin U. Dürrenberger übergibt Fritz Zweifel eine Wappenscheibe und einen Check für die Musikreise und Meta Zweifel einen Blumenstrauss.

://: Mit lange anhaltendem Applaus schliesst sich die Versammlung dem Dank und den guten Wünschen an.

Peter Kropf begrüsst im Namen der Gemeinde Eriz die Versammlungsteilnehmer herzlich. Es ist der Gemeinde Eriz ein Anliegen, heute bei der Verabschiedung von

Gemeindepräsident Fritz Zweifel mit einer Delegation dabei zu sein. Die Gemeinde Eriz hat guten Kontakt mit Fritz Zweifel.

Christian Aeschlimann erinnert an das erste Treffen der Gemeinderäte Münchenstein und Eriz, und zwar am 15.09.1979, am heutigen Tag vor 19 Jahren, anlässlich eines zweitägigen Ausflugs des Gemeinderates Münchenstein ins Eriz, organisiert von alt Gemeinderat M. Burkard. Das war der Anfang einer schönen Zeit. Der Sprecher wird dem Gemeinderat Eriz beantragen, mit dem nächsten Patenbeitrag eine schönere Erizer Fahne anzuschaffen. Damit ist ausgesprochen, dass die Gemeinde Eriz den Patenbeitrag weiterhin erwartet. Nebst den hilfreichen Beiträgen von Münchenstein sind in den letzten 19 Jahren viele menschliche Kontakte geknüpft worden. Die Münchensteiner/-innen sind dem Sprecher ans Herz gewachsen. Bei Festen und Feiern erfolgten immer wieder gegenseitige Einladungen und Teilnahmen. So hat der Gemeinderat Eriz an der Grün 80 teilgenommen, an der Feier 150 Jahre Baselland usw. Der letzte Besuch in Münchenstein war anlässlich der Einweihung des Kuspo Bruckfeld. Es ist verdankenswert, dass ein Bergtal, das nicht auf Rosen gebettet ist, jährlich einen Beitrag von einer Gemeinde im Unterland erhält. Aber auch die menschlichen Kontakte sind sehr wertvoll. Es ist wertvoll zu wissen, dass im Unterland Menschen sind, die Solidarität nicht nur reden, sondern auch leben. Der Sprecher dankt Fritz Zweifel für alles, wünscht ihm alles Gute und hofft, ihn weiterhin im Eriz begrüßen zu dürfen.

Peter Kropf dankt namens des Gemeinderates und der Bevölkerung Fritz Zweifel für alles, was er für das Eriz gemacht hat. Fritz Zweifel ist im Eriz jederzeit ein willkommener Gast. Der Sprecher übergibt Fritz Zweifel als Andenken ein Bild vom Eriz, gemalt von einer jungen Hobby-Künstlerin von Eriz.

://: Applaus.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel dankt den Erizern sehr herzlich. Der Besuch am heutigen Abend ist für ihn eine grosse Überraschung.

Felix Brodbeck dankt Fritz Zweifel im Namen der Bürgergemeinde für die jahrelange gute Zusammenarbeit und für den Einsatz im Dienste der Bevölkerung von Münchenstein. Über 30 Jahre Einsatz im Dienst der Allgemeinheit, eine lange Zeit. F. Brodbeck wünscht Fritz Zweifel für die Zukunft alles Gute, viel Zeit für die Hobbys, sei es zum Wandern, zum Ski fahren oder zum Faustball spielen. Fritz Zweifel war immer präsent, wo er erwartet wurde. Neben seinen Pflichten als Gemeindevater sind die Anwesenheiten in der Bürgergemeinde erwähnenswert, sei es an den Versammlungen, an kulturellen Veranstaltungen oder am Fronarbeitstag im Wald. Immer wieder hat man Fritz Zweifel angetroffen; er nahm seine Pflichten als Bürger in jeder Beziehung ernst. Als Abschiedsgeschenk überreicht F. Brodbeck Fritz Zweifel eine Zeichnung vom Dorfplatz mit Trotte nach einer Fotografie aus dem Anfang dieses Jahrhunderts, gezeichnet vom Mitbürger Werner Benseler im Rahmen eines Wandkalenders, den die Kulturkommission der Bürgergemeinde anlässlich ihres 25-jährigen Bestehens im nächsten Jahr herausgeben wird. Die Zeichnung ist ein Unikat und wird nicht im Kalender erscheinen. Im Wochenblatt für das Birseck und Dorneck wird mehr zum Wandkalender zu lesen sein. F. Brodbeck wünscht Fritz Zweifel alles Gute, vor allem gute Gesundheit, und hofft, Fritz Zweifel noch an manchen Einwohner- und auch Bürgergemeindeversammlungen begrüßen zu dürfen.

://: Applaus.

Hans Schenker-AufderMaur dankt Gemeindepräsident Fritz Zweifel für seinen enorm grossen Einsatz. Fritz Zweifel hat die Gemeinde sehr geprägt. Obwohl die Meinungen nicht immer die gleichen waren, ist die neutrale Sachlichkeit und politische Kompetenz von Fritz Zweifel sehr geschätzt worden, auch das grosse Wissen, das Fritz Zweifel der Gemeinde zur Verfügung gestellt hat. Ein solches Amt bringt nicht nur Freuden, sondern auch Stress und Einschränkungen mit sich. Der Sprecher wünscht Fritz Zweifel für den 3. Lebensabschnitt Gesundheit und alles Gute. Die CVP dankt auch Meta Zweifel für das Verständnis für die vielen Absenzen ihres Ehegatten. Auch Meta Zweifel hat sicher viele Stunden für die Gemeinde aufgewendet. H. Schenker übergibt Fritz Zweifel einen Karton Münchensteiner

Wein, den er zusammen mit Meta geniessen soll. Zudem erhält Fritz Zweifel ein Jahr lang gratis die neue Schrift „Der Mönch“ zugestellt.

://: Applaus.

Hanni Huggel-Kubli: Nach 27 Jahren Gemeindepräsident sagt die SP Fritz Zweifel Danke und möchte sich von ihm mit einem Geschenk verabschieden. Aber was schenken, was ihn freut und was ihn an die SP erinnert? Fritz Zweifel ist bescheiden. Er hat in seiner Gemeinderatszeit versucht, es allen recht zu machen. Wer hat Fritz Zweifel auf seinen Spaziergängen nicht schon getroffen, mit oder ohne Hund, mit oder ohne Kappe? Ein paar kleinere Gegenstände kann Fritz Zweifel vielleicht gebrauchen. Am 17. September 1996 hat nicht Fritz Zweifel als Departementschef das Hundereglement an der Gemeindeversammlung vertreten, sondern Gemeinderätin U. Dürrenberger von der SP. H. Huggel übergibt Fritz Zweifel eine rote Hundeleine als Erinnerung daran, dass ihn die SP nicht im Stich gelassen hat. Vielleicht tut sich Fritz Zweifel wieder einen Hund zu. Es wird bald Winter und gegen kalte Ohren soll das rote Stirnband schützen. Es kann auch dienlich sein, wenn Fritz Zweifel Sachen von Einwohnerinnen und Einwohnern nicht oder nicht mehr hören will. Vielleicht kann Fritz Zweifel jetzt Spaziergänge auch während des Tages machen. Gegen die Sonne und wenn er vielleicht in ein paar Jahren vom neuen Verwaltungsgebäude geblendet werden sollte, soll die Sonnenbrille mit rosaroten Gläsern schützen. Als Präsident hat Fritz Zweifel viel erlebt, Freude und auch Ärger, wie auch seine Gegenspielerinnen und Gegenspieler. Gewisse Geschäfte haben Fritz Zweifel zu kauen gegeben. Manchmal wäre ein spontaneres Handeln auch nicht schlecht gewesen. Das Kauen soll Fritz Zweifel nun dem Hund überlassen. Dafür sind die zwei Kauwürste gedacht. Für den Fall, dass Fritz Zweifel auf seinen Münchensteiner Spaziergängen einmal nicht weiss, wo es durchgeht, hat die SP einen Fotorundgang zusammengestellt. H. Huggel überreicht Fritz Zweifel ein Fotoalbum mit vielen Winkeln von Münchenstein, die Fritz Zweifel auch schon begangen hat. Die Aufnahmen stammen von Yvonne Hänni, der Frau des SP-Kassiers. Wenn Fritz Zweifel dann von seinem Rundgang müde ist, weiss er, wo sich seine alt Gemeinderatskollegen zum Jassen aufhalten. Die Jasskarten sind gedacht zum Üben. Am Schluss überreicht H. Huggel Fritz und Meta Zweifel einen Blumenstraus, einen speziellen, der die Vielfalt der Münchensteiner Frauen symbolisieren soll. Die Grundhaltung von Fritz Zweifel war immer gewesen, dass die Frauen vorallem für die Familien da sein sollen und wenn sie noch Zeit haben, sollen sie sich in einem Verein oder im Sozialbereich freiwillig betätigen. Fritz Zweifel musste aber in seiner Gemeinderatszeit erleben, dass es so einfach für alle nicht mehr geht. Auch Meta Zweifel hat ihren geliebten Beruf als Journalistin wieder aufgenommen. Es ist einfach nicht mehr so wie früher. Einige Frauen sind auf gewisse soziale Einrichtungen der Gemeinde angewiesen. Es ist auch immer im Sinne von Fritz Zweifel gewesen, dass es allen Einwohnerinnen und Einwohnern gut geht. Die SP wünscht Fritz und Meta Zweifel alles Gute. Vielleicht reicht jetzt die Zeit auch für andere Spaziergänge oder für Reisen, weit weg von Münchenstein.

://: Applaus.

Rosmarie Buser-Schmid: Als letzte Rednerin ist es schwierig, da schon alles gesagt ist. Die FDP ist in der komfortablen Lage, dass sie auch weiterhin von der politischen Erfahrung von Fritz Zweifel profitieren kann. Die FDP dankt Fritz Zweifel für alles, was er als FDP-Politiker für die Gemeinde geleistet hat. Das Geschenk der FDP für Fritz Zweifel ist eine finanzieller Anteil an den anschliessenden Apéro, zu dem alle herzlich eingeladen sind.

://: Applaus.

Gemeindepräsident Dr. F. Zweifel bezeichnet den Besuch aus dem Eriz als Gipfel der Überraschung. All die Zeichen des Dankes und der Sympathie haben ihn berührt und gefreut. Sein Dank geht an alle. Die Arbeit als Gemeindepräsident hätte er nicht machen können ohne die Hilfe der Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, der übrigen Behörden, des Einwohnerrates und der Kommissionen sowie aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung. Alle haben im Interesse der Gemeinde zusammengearbeitet. Jede und jeder hat sich entsprechend ihrer/seiner Fähigkeit voll eingesetzt und werden das auch in Zukunft tun.

Der Dank geht auch an seine Gattin, Meta Zweifel, und an die Familie. Ein solches Amt, und auch Ämter in Vereinen usw. kann ohne Unterstützung nicht ausgeübt werden. Der Dank geht auch an die Turnerkameraden von der Männerriege Neuwelt, die ihn in einem Zustand halten, der seinem Alter in etwa entspricht. Der Dank geht im weiteren an die Vereine, Parteien und andere Organisationen. Die gute Zusammenarbeit war immer wieder zu spüren. Die Gemeinde hat sich in den vielen Jahren stark geändert, nur die Einwohnerzahl nicht, d.h. nicht wesentlich. Verändert hat sich hingegen die Zahl der Wohnungen, 1968 3'800 und 1998 5'354. Verändert hat sich auch die Zahl der Arbeitsplätze, 1965 4'117 und 1995 8'202. Die Finanzen entwickelten sich bei der Einwohnerkasse von 6.6 Mio Franken im Jahr 1968 auf 36 Mio Franken im Jahr 1997, bei allen Kassen zusammen im gleichen Zeitraum von 7.7 Mio Franken auf fast 46 Mio Franken. Die grossen Arbeiten waren mehr Vollzug, d.h. das Nachholen von Arbeiten, die andere vorbereitet haben. 1968 war der Zonenplan verabschiedet und das Land im Stöckacker schon gekauft gewesen. Das erste grosse Geschäft waren Verhandlungen mit den Erben Geigy. Starke Veränderungen gab es im Strassennetz: Ausbau der Hauptstrasse, Loogstrasse, Bottmingerstrasse, Fusswege entlang den Tramlinien, Gruthweg usw. An Neubauten wurden erstellt: Sporthalle St. Jakob, Gymnasium, Tagesschulen, Zollweiden, Kuspo Bruckfeld und noch viele mehr. In die Amtszeit fiel auch die Grün 80. Gegen den Schluss seiner Amtszeit ist die Umweltschutzproblematik dazugekommen. Den Nachfolgern wird die Arbeit nicht ausgehen. Fritz Zweifel kann nicht eine Gemeinde übergeben, in der nichts mehr zu tun ist. Hängig sind das neue Personalrecht, die Revision der Gemeindeordnung, der Verwaltungsneubau, das Land Loog usw. Fritz Zweifel kann nicht in Anspruch nehmen, dass alles Gute von ihm ist; aber auch was schlecht ist, stammt nicht von ihm allein. Fritz Zweifel hat versucht, zuzuhören, zu vermitteln und zu reden mit denen, die nicht gleicher Meinung waren. Mit Kritik muss man leben können. Der Zeitaufwand ist nötig und der eine oder andere Verzicht muss auf sich genommen werden. Den Verzicht hat Fritz Zweifel nicht empfunden, ein paar Freiräume konnte er sich immer wieder freihalten. In den nächsten Monaten und Jahren wird Fritz Zweifel nicht in den Ruhestand treten. Er wird den Beruf weiterhin ausüben, vermutlich mehr als zwei Drittel wie bisher. Fritz Zweifel wünscht seinem Nachfolger, W. Banga, Glück in seiner neuen Tätigkeit, und hofft, dass er von allen in gleicher Art und Weise unterstützt wird wie er. Glück wünscht er auch den Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, die W. Banga grosses Vertrauen entgegengebracht haben. Den Versammlungsteilnehmern/-innen und allen Einwohnerinnen und Einwohnern wünscht Fritz Zweifel alles Gute für die Zukunft. Die Versammlungsteilnehmer/-innen sind eingeladen zum anschliessenden Apéro im Foyer, gestiftet vom Sprecher, vom Gemeinderat und von der FDP.

://: Die Versammlungsteilnehmer verabschieden stehend mit lange anhaltendem Applaus ihren Gemeindepräsidenten Fritz Zweifel.

Vizepräsidentin U. Dürrenberger wünscht Walter Banga in seinem neuen Amt als Gemeindepräsident viel Glück und alles Gute.

Gemeinderat W. Banga weiss, dass es nach der würdigen und persönlichen Verabschiedung von Fritz Zweifel für ihn ernst gilt. W. Banga ist sich seiner Verantwortung bewusst, weiss aber, dass er das Amt mit der Hilfe von allen bewältigen kann. Die Stille Wahl ist für W. Banga ein grosser Vertrauensbeweis. Er dankt dafür. W. Banga ist stolz auf das Vermächtnis, das er von Fritz Zweifel und von allen Vorfahren übernehmen kann. W. Banga ist von Münchenstein überzeugt und wird sein Bestens geben für die Gemeinde. W. Banga dankt Fritz Zweifel für das Vermächtnis, für das Vorbild, das er gewesen ist, und für seine Arbeit. Der Dank geht auch an die Familie von Fritz Zweifel. W. Banga gibt der Hoffnung Ausdruck, dass er mit Hilfe aller seine neue Aufgabe erfüllen kann.

://: Applaus.

Um 22.05 Uhr erklärt der Gemeindepräsident die Versammlung als geschlossen.

Für die Richtigkeit des Protokoll

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeverwalter:

Dr. Fritz Zweifel

Pius Helfenberger

4. Einwohnergemeindeversammlung

vom Montag, 7. Dezember 1998, 20.00 Uhr,
im Kuspo Bruckfeld

Anwesend vom Gemeinderat: Walter Banga-Banga, Rosmarie Buser-Schmid, Ursula Dürrenberger-Steiner, Eduard Gysin, Claude Kaspar-Schmidlin, Hans Kunz-Gasser, André Schenker-Nay,
Rudolf Zulauf-Brodbeck, Bauverwalter

Vorsitz: Walter Banga-Banga, Gemeindepräsident

Rednerliste: Ursula Dürrenberger-Steiner, Vizepräsidentin

Protokoll: Pius Helfenberger-Meier, Gemeindeverwalter
Peter Imboden-Bregy, Sekretär
Pia Neuhaus, Sekretärin

Stimmzähler: Corinne Läng-Biderbost, Gerhard Sidler-Schnyder,
Rosmarie Wasmer-Rohrer

Traktanden:

1. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 15. September 1998
2. Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Zeit vom 1.7.1997 bis 30.6.1998
3. Finanzplan 1998 - 2001 der Einwohnerkasse
Finanzübersicht und Finanzplan 1995 - 2003 der Kanalisationskasse
4. Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 1999
5. Jugendpavillon / Erwerb Liegenschaft Restaurant Tramstation
6. Verschiedenes

Gemeindepräsident W. Banga begrüsst die rund 300 anwesenden Stimmberechtigten zur 4. Einwohnergemeindeversammlung dieses Jahres, zur ersten unter seiner Leitung, speziell

- Rosmarie Buser, die für den zurückgetretenen Gemeindepräsidenten Dr. Fritz Zweifel am 1.10.1998 in den Gemeinderat nachgerückt ist,
- Pia Neuhaus, Sekretärin, als Nachfolgerin für den auf Ende dieses Jahres in den vorzeitigen Ruhestand tretenden Sekretär P. Imboden,
- Schulklassen, die den Verhandlungen im Sinne von Staatskundeunterricht folgen, und weitere Gäste als Zuhörer und
- die Vertreter der Presse.

Nichtstimmberechtigte werden auf die für sie reservierten Sitzplätze aufmerksam gemacht. Unberechtigt Stimmende machen sich strafbar.

Die Einladung mit Traktanden und Anträgen ist allen Stimmberechtigten rechtzeitig zugestellt worden. Die Publikation im amtlichen Anzeiger ist rechtzeitig erfolgt. Der Ratschlag und der

Voranschlag 1999 sind den Abonnenten, der Presse usw. zugestellt worden. Sie konnten bei der Gemeindeverwaltung bestellt oder bezogen werden und liegen hier im Saal auf. Der Ratschlag lag zudem an verschiedenen Stellen in der Gemeinde zum Bezug auf.

://: Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

Traktandum 1

Protokoll

://: Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 15. September 1998 wird genehmigt und den Verfassern verdankt.

Traktandum 2

Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Zeit vom 1.7.1997 bis 30.6.1998

Hanni Huggel-Kubli: Die Geschäftsprüfungskommission als Kontrollorgan prüft die Ausführung der Gemeindeversammlungsbeschlüsse, die Arbeit auf der Verwaltung usw. und berichtet jährlich der Gemeindeversammlung. Die im Bericht genannte Umfrage bei den Kommissionspräsidenten/-innen ist sehr positiv ausgefallen. Die Arbeit der Kommissionen wird verdankt. Im Bericht 1994/95 hat sich die Geschäftsprüfungskommission über die Jugendarbeit geäußert und dann dem Gemeinderat empfohlen, die Jugendarbeit in seinen Verantwortungsbereich zu nehmen. Es ist erfreulich, dass der Gemeinderat eine Kommission für Jugendfragen eingesetzt hat und heute ein Resultat vorliegt, nämlich der Erwerb der Liegenschaft Restaurant Tramstation. Die Geschäftsprüfungskommission dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, vom Bericht zustimmend Kenntnis zu nehmen.

://: Einstimmig wird vom Tätigkeitsbericht der Geschäftsprüfungskommission für die Zeit vom 1.7.1997 bis 30.6.1998 zustimmend Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Finanzplan 1998 - 2001 der Einwohnerkasse Finanzübersicht und Finanzplan 1995 - 2003 der Kanalisationskasse

Gemeinderat C. Kaspar verweist auf die neue Darstellung des Finanzplans. Die Gemeinde hat ein neues Programm gekauft, das die jeweiligen Anpassungen erleichtert und die Bearbeitung vereinfacht. Der Sprecher betont, dass die Erstellung des Finanzplans eine freiwillige Aufgabe des Gemeinderates ist. Der Finanzplan ist ein Führungsmittel. In der Einladung zur Gemeindeversammlung wird beantragt, vom Finanzplan zustimmend Kenntnis zu nehmen. Dieser Antrag ist falsch. Kenntnisnahme genügt. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, vom Finanzplan der Einwohnerkasse und vom Finanzplan der Kanalisationskasse Kenntnis zu nehmen.

Alfred Koch-Galli: Die Gemeindekommission hat den Finanzplan diskutiert und kritische Fragen gestellt. Alle sind zuversichtlich, dass das Resultat nicht so wie im Finanzplan berechnet herauskommt. Die Gemeindekommission hat den Finanzplan einstimmig zur Kenntnis genommen.

Auch die FDP hat beschlossen, auf den Finanzplan einzutreten und ihn zur Kenntnis zu nehmen.

Gemeinderat C. Kaspar zeigt auf der Leinwand Folien mit der Nettoverschuldung 1997-2001 pro Kopf und die entsprechenden Kurven dazu.

Gemeinderat A. Schenker referiert im Sinne der Vorlage über den Finanzplan der Kanalisationskasse und nennt als vierten Faktor den Zinsertrag, der zurzeit wegen des tiefen Zinsniveaus nicht so hoch ist.

://: Einstimmig wird vom Finanzplan 1998 - 2001 der Einwohnerkasse und von der Finanzübersicht und dem Finanzplan 1995 - 2003 der Kanalisationskasse Kenntnis genommen.

Traktandum 4

Voranschlag der Einwohnergemeinde für das Jahr 1999

Gemeinderat C. Kaspar verweist auf das defizitäre Budget 1999 und nennt die Gründe, wie sie auf Seite 72 des Voranschlags aufgelistet sind. Ein weiterer Grund ist das Splitting bei Pensionierten mit Zweiterwerb gemäss Urteil des Verwaltungsgerichtes Baselland. Dieses Splitting wirkt sich für unsere Gemeinde mit rund Fr. 200'000 weniger Steuereinnahmen aus. Der Gemeindeversammlung wird beantragt, auf den Voranschlag 1999 einzutreten und den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Alfred Koch-Galli: In der Gemeindekommission war Eintreten unbestritten. Der grösste Teil der Ausgaben sind gebundene Ausgaben. Vorallem die Rechnungsprüfungskommission hat dem Gemeinderat nahegelegt, dass sich die Gemeinden vermehrt wehren sollen gegen Aufgabenzuteilungen vom Kanton mit Kostenfolge. Es handelt sich um das grösste je ausgewiesene Budgetdefizit. Die Gemeindekommission und auch die FDP sind der Meinung, dass zuerst einmal ein reales Defizit in der Rechnung eintreten muss, bevor Massnahmen diskutiert und ergriffen werden. Es ist zu hoffen, dass die Rechnung besser ausfallen wird als budgetiert. Es ist zu beachten, dass die Abschreibung des Kuspo Bruckfeld mit rund Fr. 800'000 nicht enthalten ist, da sie aus dem Erlös der Landverkäufe finanziert wird. Die Gemeindekommission hat verschiedene Positionen diskutiert, dem Antrag 6.1 einstimmig und den übrigen Anträgen mit grosser Mehrheit zugestimmt.

Willy Maeder-Schaller: Die SP hat den Voranschlag behandelt und hat Verständnis, wenn der Gemeinderat die Begehrlichkeiten etwas bremst. Ein defizitäres Budget hat eine gewisse Tradition. Es ist zu hoffen, dass die Rechnung positiv abschliessen wird, ansonsten muss der Gemeinderat für Mehreinnahmen besorgt sein. Die SP ist für Eintreten und stimmt den Anträgen des Gemeinderates zu.

Peter Zwick-Rudin: Der Kanton verlegt viele Aufgaben auf die Gemeinden. Für Münchenstein machen diese Aufgaben gemäss dem vorliegenden Voranschlag 1.8 Mio Franken aus. Die CVP empfiehlt Zustimmung.

Eva Gross Zahnd: Die Rechnungsprüfungskommission hat den Voranschlag sehr sorgfältig geprüft und darf dem Gemeinderat und der Verwaltung ein gutes Zeugnis ausstellen. Die Rechnungsprüfungskommission ersucht um Genehmigung des Voranschlages 1999.

://: Eintreten ist unbestritten.

Der Voranschlag wird kontogruppenweise abgerufen.

Einwohnerkasse

Keine Wortbegehren.

Regiekassen

Gemeinderat A. Schenker: Es gibt nichts Ausserordentliches zu berichten. Die Sanierung der Kanalisation läuft im bisherigen Rahmen weiter.

Keine weiteren Wortbegehren.

Fürsorgekasse

Gemeinderat E. Gysin verweist auf die gestiegene Anzahl der Unterstützungen.

Keine weiteren Wortbegehren.

://: Einstimmig wird den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt.

://: Demnach beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Die vorliegenden Voranschläge der **Laufenden Rechnung** aller Rechnungskreise für das Jahr 1999 mit einem Mehraufwand bzw. Mehrertrag von
 - Einwohnerkasse – Fr. 2'376'700
 - Wasserkasse + Fr. 244'000
 - Kanalisationskasse – Fr. 36'800
 - GAA-Kasse – Fr. 30'400
 - Fürsorgekasse – Fr. 427'700werden genehmigt.
2. Zulasten der **Investitionsrechnung** werden folgende neue Kredite bewilligt:
 - Einwohnerkasse**
 - 5510-10 Verwaltungsgebäude
 - Erweiterung Archivanlagen Fr. 120'000
 - 5512-12 Schulhaus Lärchenstrasse
 - Diverse Sanierungen Fr. 220'000
 - 5512-12 Schulhaus Loog
 - Sanierung Pausenplatz, 3. Etappe Fr. 50'000
 - 5512-12 Schulhaus Neuwelt
 - Sanierung Aussenturnplatz Fr. 75'000
 - 5521-16 Strassenbeleuchtung
 - Diverse Arbeiten Fr. 50'000
 - 5521-16 Strassensanierung
 - Etappe 1999 Fr. 350'000
 - 5541-10 EDV-Anlage
 - Erweiterung 1999 Fr. 242'000
 - 5541-16 Ersatz Meili Transporter Fr. 120'000
 - 5543-11 Zivilschutz
 - Ersatz Fahrzeug und Anhänger Fr. 100'000
 - 5612-16 Beiträge an Verkehrsbetriebe
 - BLT-Linie 10 / Ausbau Neuwelt Fr. 175'700
 - BLT-Linie 11 / Ausbau Haltestellen Fr. 57'200
 - 5642-13 Beiträge an Renovationen
 - im Dorfkern 1999 Fr. 30'000
 - Wasserkasse**
 - 5527-27 Wasserleitungen
 - Sanierungen Etappe 1999 Fr. 1'000'000
 - 5527-27 Fernsteuerung
 - Schacht Felsenacker Fr. 50'000
 - Kanalisationskasse**
 - 5520-37 Sanierungsarbeiten am
 - Kanalisationsnetz, 9. Etappe Fr. 1'000'000
 - GAA-Kasse**
 - 5520-43 Netzsanierung der Anlage 1999 Fr. 100'000

- 2.1 Die Kreditbeschlüsse gemäss Ziff. 6.2 unterstehen einzeln dem fakultativen Referendum.
- 2.2 Der Gemeinderat wird ermächtigt, allenfalls notwendige Kapitalaufnahmen zu tätigen.
3. Für das Jahr 1999 werden die **öffentlichen Abgaben** wie folgt festgesetzt:
- 3.1 **Gemeindesteuersätze** (§ 2 I Steuerreglement)
- Natürliche Personen:
- Einkommens- und Vermögenssteuer (§ 19 StG):
50% des Staatssteuerbetrages (wie bisher)
- Juristische Personen
- Ertragssteuer (§ 5 III StG):
4,5% des steuerbaren Ertrages (wie bisher)
 - Kapitalsteuer (§ 62 I StG)
5‰ des steuerbaren Kapitals (wie bisher)
- 3.2 **Feuerwehropflichtersatz** (§ 6 III Feuerwehrrglement)
8% des Gemeindesteuerbetrages, max. Fr. 1'000.-- (wie bisher)
- 3.3 **Wassertarif** (§ 13 II Wasserreglement)
- Grundtaxe:
0,1 ‰ des Brandlagerschätzungswertes gemäss Baukostenindex vom 01.01.1999 (wie bisher)
 - Wasserzins:
Fr. 1.15 pro m³ Wasserverbrauch (wie bisher)
 - Bauwasserzins:
40 Rappen pro m³ Rauminhalt der Bauten (wie bisher)
alle Beträge zuzüglich MwSt
- 3.4 **Abwassergebühr** (§ 28 neues Kanalisationsreglement)
- Fr. 1.30 pro m³ Wasserverbrauch (wie bisher)
 - nach Basel kanalisiertes Dreispitz-Areal:
Fr. 1.10 pro m³ Wasserverbrauch (wie bisher)
alle Beträge zuzüglich MwSt
- 3.5 **GAA-Beiträge und Gebühren** (§ 17 GAA-Reglement)
- Anschlussbeiträge (wie bisher):
Fr. 1'500.-- Grundbeitrag pro Gebäude (Ein- oder Mehrfamilienhaus oder Gewerbegebäude)
Fr. 300.-- zusätzlich pro Wohnung in Ein- oder Mehrfamilienhaus
Fr. 250.-- im Minimum zusätzlich pro Gewerbebetrieb
 - Benützungsgebühr (wie bisher):
Fr. 13.-- pro Wohnung und Monat
alle Beträge zuzüglich MwSt
- 3.6 **Fürsorgesteuer**
12% des Gemeindesteuerbetrages (wie bisher).

Gemeindepräsident W. Banga dankt für das den Behörden und der Verwaltung entgegengebrachte Vertrauen.

Traktandum 5

Jugendpavillon / Erwerb Liegenschaft Restaurant Tramstation

Gemeinderat E. Gysin referiert im Sinne der Vorlage und bringt einige Ergänzungen an. Eigentümerin der Liegenschaft ist die Basellandschaftliche Kantonalbank treuhänderisch für den Kanton Baselland. Die Liegenschaft untersteht der Verfügungsgewalt des Regierungsrates, der sie verkaufen will. Das Restaurant Tramstation steht seit zwei Jahren leer. Während dieser Zeit ist es dem Amt für Liegenschaftsverkehr, welches die Liegenschaft für den Kanton verwaltet, nicht gelungen, eine Käuferschaft zu finden, die in diesem Lokal gewinnbringend wirten kann und will. Als die Kommission für Jugendfragen dem Gemeinderat ihren Bericht unterbreitet hat mit dem Vorschlag, das Restaurant Tramstation zu kaufen, hat der Gemeinderat mit dem Regierungsrat Verhandlungen aufgenommen. Diese haben dazu geführt, dass der Kanton mit dem Preis entgegengekommen ist, wobei immer nur von einem Kauf die Rede war. Der Kredit von Fr. 700'000.-- ist schon im Zusammenhang mit dem Kultur- und Sportzentrum bewilligt worden. Bei diesem Kredit handelt es sich um einen Investitionskredit, so dass es nicht möglich ist, damit eine Miete zu finanzieren, weil eine Miete keine Investition darstellt, sondern der Laufenden Rechnung belastet wird. Der Kanton möchte die Liegenschaft möglichst per 1.1.1999 übergeben bzw. wenn der Entscheid Rechtskraft erlangt hat. Die Betriebskosten sind in der Vorlage nicht präzise ausgewiesen. Auf Seite 16 des Ratschlages steht im Abschnitt „Baulicher Unterhalt“, dass für das Jahr 1999 Fr. 20'000.-- budgetiert sind. Im Budget 1999 sind im Rechnungskreis 15, Soziale Wohlfahrt, weitere Beträge für das Jugendkaffi enthalten, so im Konto 15-3123.00 für Wasser, Energie und Heizung Fr. 1'500.--, im Konto 15-3133.00 für Verbrauchsmaterial Fr. 15'000.--, im Konto 15-3143.00 die bereits erwähnten Fr. 15'000.-- für baulichen Unterhalt und schliesslich im Konto 15-3163.00 Fr. 6'000.-- für die Miete des Bahnwärterhauses am Schwertrain. Zur Zeit sind eine Jugendarbeiterin und ein Jugendarbeiter mit zusammen 100-Stellenprozent angestellt. Zusätzlich steht eine Person aus einem Beschäftigungsprogramm der Caritas zur Verfügung, die die Gemeinde nichts kostet. Der Einsatz dieser Person dauert vom 18.11.1998 bis 7.4.1999. Die Sorgen der Quartierbewohner sind teilweise verständlich. Trotz der Eröffnung des Jugendkaffi wird es im Gstadt jedoch keinen „Wilden Westen“ geben. Das Haus wird nur geöffnet sein, wenn es von Profis betreut ist. Für die zukünftige Zusammenarbeit wäre es in einem ersten Schritt wünschenswert, wenn jemand, der im Quartier wohnhaft ist, der Betriebskommission beitreten würde. Es wäre gut, wenn es zu einer Zusammenarbeit mit den Quartierbewohnern kommen würde. Ansprechpartnerin bei Problemen ist die Einwohnergemeinde als Besitzerin der Liegenschaft. Der Gemeindeversammlung wird beantragt zu beschliessen:

- Dem Erwerb der Liegenschaft Restaurant Tramstation zu Fr. 800'000.-- als Jugendpavillon wird zugestimmt.
- Der von der Gemeindeversammlung vom 22.03.1994 bewilligte Kredit von Fr. 700'000.-- wird freigegeben.
- Dem zusätzlich erforderlichen Kredit von Fr. 100'000.-- wird zugestimmt.
- Für die Sanierung der Kanalisation wird ein Kredit von Fr. 55'000.-- bewilligt.
- Der Gemeinderat wird ermächtigt, nötigenfalls die entsprechende Kapitalaufnahme zu tätigen.
- Vom vorläufigen Nutzungskonzept wird zustimmend Kenntnis genommen.
- Diese Beschlüsse unterstehen dem fakultativen Referendum.

Elsbeth Meier, ausgebildete Sozialpädagogin, seit August 1994 als Jugendarbeiterin, seit zwei Jahren zusammen mit Rolf Lobsiger, in Münchenstein tätig, gibt Auskunft über die Situation im Jugendkaffi. Seit der Eröffnung des Jugendkaffi im Mai 1995 ging es auf und ab, wie in fast allen Jugendhäusern. Vor allem im Winter besuchen viele Jugendliche das Jugendhaus und vor allem dann zeigt sich der Platzmangel am stärksten. Grundsätzliche Anforderungen der Jugendarbeit können dann nicht optimal erfüllt werden. Probleme sind die Durchmischungen verschiedener Alter und Nationalitäten und dass nur sehr ungenügend auf das Bewegungsbedürfnis der Jugendlichen eingegangen werden kann. Im Jugendkaffi

können sich die Jugendlichen an einen Tisch setzen und reden oder spielen; Bewegungsraum haben die Jungen keinen. Während der ganzen Zeit, in der das Jugendkaffi betrieben wurde, sind keine schwerwiegenden Probleme aufgetreten. Das Jugendkaffi musste auch nie geschlossen werden. Klare Spielregeln im und ums Haus herum, die durchgesetzt werden, sind ein Leitfaden für die Jugendlichen im Umgang miteinander und im Umgang mit den Jugendarbeitern.

Rolf Lobsiger, seit über 10 Jahren in der sozialen Arbeit tätig, zur Zeit in Ausbildung zum Soziokulturellen Animator und seit zwei Jahren tätig in Münchenstein, macht einige Ausführungen zur Vision der Tramstation. Seit 20 Jahren werden Räume für Jugendliche in Münchenstein gesucht. Im neuen Jugendhaus könnten verschiedene Gruppen endlich gleichzeitig Räume benutzen, auch sind verschiedene Nutzungen gleichzeitig möglich und die Jugendlichen könnten gleichzeitig kontrolliert werden, was für die Jugendarbeiter eine grosse Synergie darstellen würde. Das Haus an und für sich hat eine ideale Grösse. Es ist nicht zu gross und nicht zu klein und ausserdem ist es sehr zentral gelegen im Dorf, was den Jugendlichen entgegenkommt, die häufig zu Fuss oder mit dem Velo unterwegs sind. Das Haus ist kein Neubau und könnte im Laufe der Zeit baulich immer wieder angepasst werden, zum Teil auch in Eigenleistung. Das Versprechen an die Jugendlichen, endlich einmal etwas Rechtes zu machen, könnte eingelöst werden. Das Quartier Gstad erfährt eine eindeutige Aufwertung, wenn dort eine Institution der Gemeinde angesiedelt wird, und dadurch ein gewisser Publikumsverkehr stattfinden kann. In der Gemeinde könnte endlich ein zeitgemässes Jugendangebot ermöglicht werden, damit die Jugendlichen ihre Freizeit in Münchenstein verbringen können. Die Ängste der Anwohner sind durchaus verständlich, vor allem, wenn man Presseberichten über die schlimme Jugend Glauben schenken will. Die neueste Studie vom Bund allerdings beweist das Gegenteil. Die heutige Jugend ist nicht schlechter oder besser als sie das schon immer war. Um den Ängsten begegnen zu können, wäre es sinnvoll, mit den Anwohnern an einen Tisch zu sitzen und gemeinsam Lösungen auszuarbeiten. Bestandteil der Aufgaben der Jugendarbeiter ist es, für einen ruhigen und reibungslosen Betrieb zu sorgen. Dies garantiert bis anhin die bestehende Betriebsordnung, die, um sie auch künftig anwenden zu können, nur leicht modifiziert werden müsste.

Peter Zwick-Rudin: Die Gemeindekommission hat dieser Vorlage einstimmig zugestimmt. Nach jahrelangem Suchen nach einem Ort für ein Jugendhaus konnte nun endlich ein idealer und zentraler Treffpunkt gefunden werden. Ausserdem kann nun das Versprechen aus dem Jahre 1994, als zusammen mit dem Projekt für das Kuspo Bruckfeld Fr. 700'000.-- für einen Jugendpavillon bewilligt wurden, eingelöst werden. Das Jugendhaus und auch das Jugendkaffi werden von kompetenten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern geführt. Wenn es mehr Platz gibt im Jugendhaus, werden neben Spielen und Treffpunkt noch weitere Leistungen angeboten, um die Jugendlichen fördern und animieren zu können, z.B. Hilfestellungen bei Schulproblemen oder bei der Stellensuche. Der Sprecher empfiehlt der Gemeindeversammlung namens Gemeindekommission und der CVP, der Vorlage zuzustimmen, weil die Jugendlichen unsere Unterstützung verdienen.

Daniel Mürger-Di Vincenzo: Hinter der Jugend von Münchenstein liegt ein langer steiniger Weg. Vom Projekt Au zum Fichtenwäldli, vom Bahnwärterhäuschen Hofmatt zum Jugendkaffi Schwertrain und jetzt zur Tramstation. Die meisten kennen diese Geschichten zur Genüge. Das Angebot für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren in der Gemeinde ist tatsächlich dürrig. Die Räumlichkeiten sind knapp und wenn es Angebote gibt, sind diese für die Jugendlichen nicht sehr ansprechend. Die Gemeinde Münchenstein kann sich in diesem Bereich nicht mit Lorbeeren schmücken. Mit dem Kauf des Restaurants Tramstation erwirbt die Gemeinde eine zentrale und markante Liegenschaft, die kaum zweckentfremdet wird, nur das Alter der Besucher sinkt. Der Kaufpreis ist einmalig. Ein solches Angebot kommt nicht alle Tage. Es stellt kein grösseres Problem dar, das Haus für eine unterschiedliche Nutzung umzugestalten, und zwar ohne grosse Investitionen. Vorstellbar wären z.B. ein Mittagstisch oder ein Internetcafé. Der Sprecher ersucht die Gemeindeversammlung im Namen der Jugendlichen und der SP, der Vorlage zuzustimmen.

Heinrich Mühry-Sutter: Die SVP ist auch der Meinung, dass für die Jugendlichen Raum geschaffen werden sollte für einen Ort der Begegnung. Trotzdem kann dem Kauf des Restaurants Tramstation nicht zugestimmt werden. Es besteht keines bzw. nur ein grobes Betriebskonzept. Das Platzbedürfnis ist nicht bekannt. Zur Zeit hat das Jugendkaffi 15 Plätze, in Zukunft sollen es 100 Plätze sein. Es ist nicht abgeklärt worden, ob überhaupt 100 Plätze benötigt werden. Wenn mehr Plätze zur Verfügung stehen, könnten Jugendliche aus der näheren und weiteren Umgebung angezogen werden. Das ist nicht erwünscht. Die Anwohner im Gstad sind nicht der Meinung, dass ihr Quartier durch das Jugendhaus aufgewertet wird, sondern sie sind eher der Meinung, dass das Jugendhaus eine zusätzliche Belastung, neben der Belastung von Industrie und der ausländischen Bevölkerung, darstellt. Man befürchtet die Entstehung eines Drogenumschlagplatzes in der Umgebung des Hauses. Das schöne Haus soll nicht so aussehen wie die Reithalle in Bern oder wie das Bahnwärterhäuschen am Schwertrain. Ein weitere Frage stellt sich bezüglich der Personalkosten. Zur Zeit hat es bei 15 Plätzen zwei 50%-Stellen bzw. eine 100%-Stelle. Die Vorlage sagt nichts darüber aus, wieviele Stellen für 100 Plätze nötig sind. Ebenfalls nicht in der Vorlage ausgewiesen sind die Renovationskosten. Der Kanton hat zwar bereits etwas investiert, aber das Haus ist alt und wenn im Keller eine Disco eingerichtet werden soll, ist das mit beträchtlichen Kosten verbunden. Die SVP beantragt, das Geschäft an den Gemeinderat zurückzuweisen.

Hans Küng-Schmid äussert als Anwohner im Gstad seine Ängste bezüglich den Vorkommnissen, wie Sprayereien usw., die sich nachts nach Betriebsschluss im Quartier ereignen könnten. Die Gemeinde kann keine Gewähr bieten, dass nach Betriebsschluss im Quartier alles in geordneten Bahnen abläuft. Der Sprecher ersucht die Gemeindeversammlung, dem Rückweisungsantrag zuzustimmen.

Ruth Gualerzi: Der Erwerb der Liegenschaft macht es möglich, die Aktivitäten des Jugendkaffi in Zukunft für eine grössere Anzahl von Jugendlichen unterschiedlicher Altersgruppen offenzuhalten. Wenn dadurch nur einige Jugendliche vor dem Absturz in die Kriminalität oder vom Drogen- oder Alkoholkonsum abgehalten werden können, hat sich die Investition schon gelohnt. Der Kredit von Fr. 700'000.-- wurde an der Gemeindeversammlung vom 22.3.1994 bereits bewilligt. Offen steht noch die Bewilligung von zusätzlichen Fr. 100'000.--. Die FDP ist der Meinung, dass dies im Verhältnis zum Zweck eine angemessene Summe ist. Den Jugendlichen wird ein gestalterischer Freiraum geboten, der durch die Hausordnung geregelt wird. Diese Regeln haben sich in der Vergangenheit bewährt. Die Bedenken betreffend Lärmimmissionen etc. sind nicht gross, da diese durch Regeln im Rahmen gehalten oder reduziert werden können. Die Sprecherin ersucht namens der FDP die Gemeindeversammlung, der Vorlage zuzustimmen.

://: Mit grossem Mehr gegen wenige Stimmen wird der Rückweisungsantrag der SVP abgelehnt und beschlossen, auf die Vorlage einzutreten.

Sibylle Schmucki-Ulrich's Sohn geht seit bald drei Jahren nach Arlesheim ins Jugendhaus, weil er in Münchenstein nicht den Platz gefunden hat, den er braucht. In Arlesheim wird den Jugendlichen besser geholfen. Sie können Bewerbungen schreiben und sich besser in den Räumen verteilen. Die Sprecherin hofft, dass dies in Münchenstein auch möglich sein wird.

Valerie Hanners möchte im Namen der Grauen Panther eine Lanze brechen für die Jugend von Münchenstein. Die Grauen Panther interessieren sich unter anderem auch für Jugendliche und ihre Probleme. Das vorliegende Projekt ist eine sehr gute Lösung. Endlich bekommt Münchenstein und Jugendhaus, das richtig dimensioniert ist. Münchenstein ist eine grosse Gemeinde und aufgrund der Einwohnerzahl bereits eine Stadt. Die Gemeindeversammlung wird ersucht, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen.

Paula Pakery Keller: Aufgrund der Lage und der vorgegebenen Strukturen des Jugendhauses wird der Gemeindeversammlung beantragt, die Liegenschaft zu mieten mit Vorkaufsrecht. Ein Jugendhaus ist nötig und es ist klar, dass das Jugendkaffi im Schwertrain unbefriedigend ist.

Karl Müller-Kuster: Bis jetzt hat noch niemand gesagt, wo das Gstad eigentlich ist und viele Leute wissen nicht, was für ein problematisches Quartier das Gstad wirklich ist. Im Gstad wohnen sehr wahrscheinlich bis zu 90% Ausländer. Es hat viel Industrie und Kleinunternehmer. Jetzt soll das Gstad auch noch das Jugendhaus bekommen, obwohl es sehr wenige bis fast keine Kinder im Gstad gibt, die ein Jugendhaus nötig haben. Die Kinder des Sprechers müssen nicht in ein Jugendhaus; sie sind zu Hause gut aufgehoben, so dass nicht noch Jugendarbeiter mit Steuergeldern bezahlt werden müssen.

Sibylle Schmucki-Ulrich: In der Zeit der Ablösung brauchen Jugendliche einen Ort, wo sie hingehen können. Wenn die jungen Leute draussen auf der Strasse sind, reklamieren die Leute auch, wenn sie lärmig sind. Im Jugendhaus kann der Lärm unter Kontrolle gehalten werden.

Bruno Witschi-Maag hat sich bei dieser Diskussion an seine Jugend zurückerinnert. Er war selbst 15 Jahre aktiv in der Jugendarbeit beteiligt. Der Sprecher findet es toll, wenn Münchenstein eine Chance hat, die Jugend an einem zentralen Ort zusammenzuführen und zu betreuen. Die Jugendlichen können sich dort treffen, diskutieren und müssen nicht nach Arlesheim oder Basel. Die heutige Jugend ist nicht besser und nicht schlechter als die frühere.

Dr. Arnold Amacher-Bässler: Mit dem Kredit für das Kuspo Bruckfeld ist in der Gemeinde für die organisierte Vereinsarbeit, für grössere Anlässe und für den Sport viel gemacht worden. Die Einsicht ist gereift, dass jetzt auch einmal etwas für die Jugendlichen getan werden sollte, die zum Teil in Vereinen tätig sind, die sich zum Teil aber gleichzeitig auch ungebunden an einem Ort treffen können. Der Gemeinderat und die Kommission für Jugendfragen schlagen der Gemeindeversammlung einstimmig vor, die Liegenschaft Restaurant Tramstation zu kaufen. Das ist sehr bemerkenswert, denn in der Kommission für Jugendfragen waren und sind von der SVP bis zu den Grünen sämtliche Parteien vertreten. Gefühl und Stimmung an der Gemeindeversammlung vom 22.3.1994 haben dazu geführt, dass der Kompromissvorschlag der Grünen, den Kredit um Fr. 700'000.-- aufzustocken und für die Jugend zu investieren, gutgeheissen wurde. Es ist erfreulich, dass dieses Projekt heute abend präsentiert werden kann. Das einzige, das stört, ist, dass die Betriebskosten nicht ausgewiesen sind im Ratschlag. Wie jedoch zu hören war, sind diese Kosten längst budgetiert und bereits bewilligt. Selbstverständlich hat das Projekt auch Gegnerinnen und Gegner. Gerade weil dieses Thema kontrovers diskutiert wird und weil die Anwohner im Gstad Angst haben, wurde es sehr geschätzt, dass Gemeindepräsident W. Banga zusammen mit Gemeinderat E. Gysin das Projekt im Gstad an einer öffentlichen Versammlung vorgestellt und vertreten haben. Auf normale Art, d.h. ohne Subventionen oder einen überaus günstigen Kaufpreis kann das Restaurant heute nicht mehr kostengünstig geführt werden. Das haben Abklärungen, die offensichtlich auch die Bürgergemeinde hat machen lassen, durch ein spezialisiertes Gastrounernehmen ergeben. Einem Wirt würde nichts anderes übrig bleiben, als für Mehreinnahmen zu sorgen. Das wäre nur möglich, wenn der Wirt ein „Stucki“ wäre oder wenn ein Nachtclub, eine Disco oder ein Bordellbetrieb betrieben würde, wie an der Hauptstrasse bereits einer besteht. Die Frage ist, ob die Anwohner so etwas möchten. Der Kanton will nicht noch jahrelang auf diesem Haus sitzen bleiben, sondern er will es verkaufen. Ein gut geführter Jugendtreffpunkt führt genau zum Gegenteil davon, was die Gegnerinnen und Gegner befürchten, nämlich Drogenkonsum, Dealen usw. Dies kann die Kantonspolizei jederzeit bestätigen. Im Gstad sollte besonders Freude herrschen; die Anwohner haben mit der Gemeinde als neuer Besitzerin jederzeit einen kompetenten Ansprechpartner. Sie müssen nicht ein anonymes Gastrounernehmen bemühen, in dem immer anderes Personal anwesend ist. Die Jugendlichen sind Teil unserer Gemeinde. Sie sind zukünftige Stimmbürgerinnen und Stimmbürger und zukünftige Konsumentinnen und Konsumenten, auch für die Kleinunternehmen im Gstad. Der Sprecher ersucht die Gemeindeversammlung namens der Grünen, dem Projekt zuzustimmen. Die Anwohner im Gstad können jederzeit einen Antrag an der Gemeindeversammlung stellen, z.B. dass das Jugendhaus verkauft werden soll. Die Gemeinde darf das Haus nicht frei verkaufen; der Kanton hat ein Vorkaufsrecht. Das Haus wird der Gemeinde vom Kanton ganz dezidiert für die Jugendarbeit verkauft und für nichts anderes.

Karl Müller-Kuster: Im Gstad gibt es noch viele andere Probleme, die auch schon jahrelang in Bearbeitung und noch nicht gelöst sind. Für Betagte wurde schon vieles gemacht, aber der Lehenrain ist immer noch eine problematische Strasse. Ältere Menschen haben grosse Mühe, die steile Strasse zu überwinden. Wenn nun der Vorlage für das Jugendkaffi Tramstation zugestimmt wird, können sie nicht einmal mehr dort durchgehen, ohne Angst haben zu müssen.

Heinz Schluemp-Müller: Beim Restaurant Tramstation wird es ein Ballungszentrum geben und vor allem alte Leute werden dort nicht mehr ins Tram einsteigen können. Wenn ältere Leute etwas sagen, werden sie von den Jugendlichen angepöbelt.

Andreas Spaar nimmt bezug auf die Studie, die besagt, dass ein Wirt nicht kostendeckend wirteln kann. Bevor ein Verband – in diesem Fall die Gastro Baselland – eine solche Studie verfasst, soll er selbst in den eigenen Reihen für Ruhe und Ordnung sorgen. Der Kanton hat den Kaufpreis für die Liegenschaft bewusst hoch angesetzt, um weitere mögliche Käufer abzuschrecken und das Restaurant in den Ruin zu treiben.

Sonja Zimmermann: Die Jugendlichen, die im Jugendkaffi verkehren, sind nicht gefährlich. Im Schwertrain hat es keine Graffitis, ausgenommen denjenigen am Bahnwärterhäuschen, die offiziell angebracht worden sind. Über die Jugendlichen wird oftmals wie von einer Horde Wilden gesprochen. Es ist wichtig für die Jungen, dass die Liegenschaft gekauft wird.

Sergio Pompini-Meier hat die Geschichte mit dem Jugendkaffi seit Jahren verfolgt und sich aktiv daran beteiligt. Es wäre schade, wenn wiederum ein Standortproblem daraus entstehen würde. Wenn den Jugendlichen Regeln aufgestellt werden, halten sie sich auch daran. Der Sprecher ist überzeugt, dass das Projekt funktionieren wird. Die Gemeindeversammlung wird ersucht, die Vorlage zu unterstützen.

Peter Zwick-Rudin ist enttäuscht, dass Jugendliche, die ins Jugendhaus gehen, schlecht gemacht werden. Seit 10 Jahren ist der Sprecher an der Jugendarbeit der katholischen Kirchgemeinde beteiligt. 250 junge Leute aller Konfessionen machen mit in den Jugendgruppen. Es gibt keine Probleme. Probleme gibt es eher mit Erwachsenen, die z.B. ein Geburtstagsfest machen und meinen, sich nicht an die Regeln halten zu müssen. Die Jugend ist nicht so schlecht und ihr sollte eine Chance geben werden.

Urs Flückiger-Martin von der Betriebskommission Jugendkaffi zeigt auf der Leinwand das Jugendkaffi Schwertrain. Die Jugendlichen haben Anspruch auf einen Treffpunkt. Mit dem Kauf der Liegenschaft wird die Voraussetzung geschaffen für Aktivitäten der Jugendlichen in einem grösseren Haus.

Rösli Hof-Schweighauser musste vor 50 Jahren eine Bewilligung haben, damit sie im Gstad wohnen durfte. Die Jungen müssen für voll genommen werden; sie haben heute viel mehr Möglichkeiten als früher. Die Jugend ist unsere Zukunft und sie braucht unbedingt einen Treffpunkt.

Gemeinderat E. Gysin empfiehlt der Gemeindeversammlung, den Antrag für Miete mit Vorkaufsrecht abzulehnen. Der Gemeinderat hat beschlossen, die Trägerschaft der Jugendarbeit zu erweitern. Der Bürgerrat hat den Sprecher ermächtigt, bekanntzugeben, dass sich die Bürgergemeinde daran beteiligen will.

Paula Pakery Keller hat sich bezüglich der Möglichkeit der Miete der Liegenschaft persönlich in Liestal erkundigt. Danach ist der Kanton bereit, das Haus zu vermieten und nach einem versuchsweisen Betrieb zu verkaufen.

Gemeinderat E. Gysin hat Rücksprache genommen mit dem zuständigen Amt in Liestal. Der Kanton hält das Angebot, wie es in der Vorlage umschrieben ist, aufrecht bis der Entscheid der Gemeindeversammlung rechtskräftig ist.

://: Der Antrag von Paula Pakery Keller wird mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen abgelehnt.

://: Mit grossem Mehr gegen wenige Stimmen wird den Anträgen des Gemeinderates zugestimmt.

://: Demnach beschliesst die Gemeindeversammlung:

1. Dem Erwerb der Liegenschaft Restaurant Tramstation zu Fr. 800'000.-- als Jugendpavillon wird zugestimmt.
2. Der von der Gemeindeversammlung vom 22.03.1994 bewilligte Kredit von Fr. 700'000.-- wird freigegeben.
3. Dem zusätzlich erforderlichen Kredit von Fr. 100'000.-- wird zugestimmt.
4. Für die Sanierung der Kanalisation wird ein Kredit von Fr. 55'000.-- bewilligt.
5. Der Gemeinderat wird ermächtigt, nötigenfalls die entsprechende Kapitalaufnahme zu tätigen.
6. Vom vorläufigen Nutzungskonzept wird zustimmend Kenntnis genommen.
7. Diese Beschlüsse unterstehen dem fakultativen Referendum.

Traktandum 6

Verschiedenes

Christian Huber-Tschiri verweist auf den Strassennetzplan, der alle Projekte enthält, die geplant sind. Der Strassennetzplan liegt in der Kompetenz der Gemeindeversammlung. Der Sprecher zeigt auf der Leinwand Folien mit quartierweisen Ausschnitten des Strassennetzplanes und weist auf verschiedene Details hin, wie z.B. vierspurige Reinacherstrasse, Aufhebung von Anschlüssen von Gemeindestrassen an die Emil Frey-Strasse, Kreisel am Gruthweg usw. Der Strassennetzplan ist vor 20 Jahren entstanden und ist heute völlig überholt. Die seinerzeit für den Strassennetzplan eingesetzte Kommission hat im Laufe der Arbeit den Auftrag geändert und ein Leitbild für Verkehrsberuhigung ausgearbeitet. Weil der Strassennetzplan überholt ist, hält sich der Gemeinderat nicht daran. Der Sprecher beantragt gemäss § 68 des Gemeindegesetzes:

1. Der Strassennetzplan soll grundlegend überarbeitet werden. Auf der Grundlage des gegenwärtigen Strassennetzes sind die heutigen Planungen darzustellen.
2. Die bisherigen Ergebnisse und Erkenntnisse aus dem 1993 genehmigten Leitbild für Verkehrsberuhigung sind bei der Überarbeitung zu berücksichtigen und in geeigneter Form (Plan mit erläuterndem Bericht) in den Strassennetzplan zu integrieren.
3. Der bisher gültige Strassennetzplan wird sistiert, bis der neue genehmigt ist. In der Zwischenzeit dient dem Gemeinderat das Leitbild für Verkehrsberuhigung als Richtlinie für seine Entscheide und für seine Anträge an die Gemeindeversammlung.

Gemeindepräsident W. Banga nimmt den Antrag zur Weiterbearbeitung gemäss § 68 des Gemeindegesetzes entgegen.

Bauverwalter R. Zulauf teilt zu den Ausführungen von Ch. Huber mit, dass es schade ist um die Zeit, die er mit dem Antragsteller aufgewendet hat. Zu den Kantonsstrassen hat die Gemeinde nichts zu sagen. Die Ideen für Gemeindestrassen, die im Strassennetzplan enthalten sind, können ohne Kreditbewilligung und Projektgenehmigung durch die Gemeindeversammlung nicht realisiert werden. Ch. Huber hat einen Papiertiger gezeigt. Die Einwohner müssen keine Angst haben, dass die im Strassennetzplan enthaltenen Projekte ohne Zustimmung der Stimmberechtigten realisiert werden.

Christian Huber-Tschiri dankt für die Entgegennahme des Antrags und bezeichnet die Diskussion mit Bauverwalter R. Zulauf als fruchtbar.

Hanni Huggel-Kubli bezieht sich auf die Volksabstimmung vom 20.2.1994, in welcher der Kredit für einen Jugendpavillon auf der Parzelle im Fichtenhölzli abgelehnt worden ist. Sie

musste damals den enttäuschten Jugendlichen in einem Skilager erklären, was Demokratie ist. Heute dankt die Sprecherin allen, die dem Erwerb der Liegenschaft Restaurant Tramstation zugestimmt haben.

Gemeindepräsident W. Banga orientiert über die ausserordentliche Lage im Asylbereich und über die Eröffnung und den Betrieb der Zivilschutzanlage Ehinger als Durchgangslager für Flüchtlinge. Es ist der erste Ernstfall für die Zivilschutzorganisation Münchenstein. Gleichzeitig ist auch der Gemeindeführungsstab GFS in Aktion getreten. Die Bevölkerung ist laufend im amtlichen Anzeiger informiert worden. Der Sprecher dankt allen Beteiligten, im speziellen den Zivilschutzpflichtigen und dem -Kader, für den Einsatz. Es hat sich gezeigt, dass die Zivilschutzorganisation solche Lagen bewältigen kann. Die Zivilschutzanlage Ehinger wird Ende Woche geschlossen und muss vielleicht Mitte Januar 1999 wieder geöffnet werden.

Gemeindepräsident W. Banga gibt die Daten für die Gemeindeversammlungen im nächsten Jahr bekannt:

Mittwoch, 24. März 1999

Dienstag, 15. Juni 1999

Montag, 13. September 1999

Donnerstag, 9. Dezember 1999.

Ferner macht Gemeindepräsident W. Banga auf den Silvester-*Apéro* der Bürgergemeinde auf dem Dorfplatz aufmerksam und ersucht alle, daran teilzunehmen.

Gemeindepräsident W. Banga: Heute muss Peter Imboden, Sekretär, verabschiedet werden; er geht Ende Jahr vorzeitig in Pension. P. Imboden ist 1972 als Protokollsekretär angestellt worden. Seine Stelle ist mit der Einführung des Wohnerrates geschaffen worden. P. Imboden hat seine Arbeit zuverlässig und sehr genau verrichtet, auch ab 1980 nach der Wiedereinführung der Gemeindeversammlung. Seine Protokolle waren immer vorzüglich abgefasst. P. Imboden hat noch andere Funktionen ausgeübt, so die Vorbereitung von Abstimmungen und Wahlen, die Stellvertretung des/der Zivilstandsbeamten/in usw. Die letztgenannte Funktion wird P. Imboden auch im nächsten Jahr noch ausüben. W. Banga dankt P. Imboden herzlich für die geleistete Arbeit und wünscht ihm alles Gute für den neuen Lebensabschnitt.

Vizepräsidentin U. Dürrenberger übergibt P. Imboden einen Blumenstrauss.

://: Die Versammlung schliesst sich dem Dank und den guten Wünschen mit lange anhaltendem Applaus an.

Gemeindepräsident W. Banga dankt allen, die sich 1998 am Gemeinwesen in irgendeiner Art beteiligt haben und wünscht allen für die Advents- und Weihnachtszeit alles Gute.

Um 22.20 Uhr erklärt der Gemeindepräsident die Versammlung als geschlossen.

Für die Richtigkeit des Protokolls

Der Gemeindepräsident:

Der Gemeindeverwalter:

Walter Banga

Pius Helfenberger